

Denkschrift
Die historische
Rheinpolitik
der Franzosen

Von
Hermann Oncken



Stuttgart-Gotha

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G.



5

X

12796

754 1229 ⁶

Weltgeschichte

in gemeinverständlicher Darstellung

Herausgegeben von Ludo Moritz Hartmann

I. Abteilung:

Geschichte des vorderasiatisch-europäischen Kulturkreises

Das Altertum Preis M. 160.—
in einem starken Bande mit Register, in Halbleinen gebunden, umfassend:

- 1. Bd. E. Hanslik, E. Kohn, E. G. Klauber: **Einleitung und Geschichte des alten Orients.** Mit Zeittafel u. Karten. 2. Aufl.
- 2. Bd. E. Ciccotti: **Griechische Geschichte.** Mit Zeittafel u. Karten
- 3. Bd. L. M. Hartmann, J. Kromayer: **Römische Geschichte.** Mit Zeittafel und Karten. 2. Aufl.

Das Mittelalter Preis M. 110.—
in einem starken Bande mit Register, in Halbleinen gebunden, umfassend:

- 4. Bd. S. Hellmann: **Das Mittelalter bis zum Ausgange der Kreuzzüge.** Mit Zeittafel
- 5. Bd. K. Kaser: **Das späte Mittelalter.** Mit Zeittafel.

Diese bisher vorliegenden Bände werden auch einzeln ausgegeben und kosten: 1. Bd. M. 30.—, 2. Bd. M. 40.—, 3. Bd. M. 60.—, 4. Bd. M. 40.—, 5. Bd. M. 40.—. / In kurzen Fristen werden folgen:

Die Neuzeit

- 6. Bd. K. Kaser: **Die Neuzeit bis 1789**
- 7. Bd. G. Bourgin: **Die Französische Revolution und Napoleon**
- 8. Bd. L. M. Hartmann: **Das neunzehnte Jahrhundert**

II. Abteilung:

Geschichte des ostasiatischen Kulturkreises

- 9. Bd. **Geschichte Indiens**
- 10. Bd. A. von Rosthorn: **Geschichte Chinas**
- 11. Bd. **Geschichte Japans**

III. Abteilung:

- 12. Bd. **Geschichte des amerikanischen Kulturkreises**

Preise vom März 1922 für die Zukunft unverbindlich

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Gotha

Die historische Rheinpolitik
der Franzosen



5X1279K6.



Die historische Rheinpolitik der Franzosen

Von Hermann Oncken

Sechstes Tausend



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Gotha

1 9 2 2



▷ 5X 1279⁶

Erweiterte Form eines am 9. Januar 1922 in Essen gehaltenen
und am 31. Januar 1922 in Heidelberg wiederholten Vortrags.

Copyright 1922 by Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Gotha.

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechtes, vorbehalten.

Perthes

In einer Rede vor dem Denkmal des Generals Marceau hat sich der Oberkommissar in den besetzten rheinischen Gebieten, Tirard, auf die „historische Rheinlandpolitik“ Frankreichs berufen, die heute zu erneuern und zum Abschluß zu bringen sei. Der historische Zusammenhang, auf den damit angespielt wurde, ist den Franzosen ebenso geläufig wie der Begriff einer „Schule des Westfälischen Friedens“, der in diplomatischen Kreisen nicht weniger beliebt geworden ist. Mit beiden Wendungen wird die Erinnerung an Ereignisse wachgerufen, die in den letzten Menschenaltern vergessen oder doch verblaßt schienen, aber in der Welt von heute von neuem zu einer Macht in den Gemütern werden. Es kann nur natürlich sein, wenn auch die Deutschen, um deren Schicksal in der Zukunft es geht, sich von neuem darüber Rechenschaft geben, was für sie diese Erinnerungen bedeuten. Die abgeschlossenen Epochen der Vergangenheit haben ja die Kraft, Scheinwerfern gleich den wahren Sinn der Begebenheiten zu enthüllen, der in der verworrenen Gegenwart nur zu oft von Berechnung und Leidenschaft getrübt wird. Sie machen es uns deutlich, daß es im Leben der Völker gleichsam eingeborene und konstante Grundkräfte gibt, die das Wesen der Politik eines Staates ausmachen und, in jeder neuen Weltlage von neuem durchbrechend, zu unsterblichen Problemen für die Aufeinanderfolge der Generationen werden. Es wird sich des weiteren dabei herausstellen, daß es sich in den Traditionen dieser „histori-

schen Rheinlandpolitik“ nicht allein um eine deutsche und eine französische Frage, sondern auch um eine europäische Frage handelt und von jeher gehandelt hat. Heute geht sie sogar die ganze Welt an, deren Wohl und Wehe jetzt unlöslich ineinander verkettet scheint. Auch sie hat allen Grund, so elementare Lebenskräfte, wie sie sich in diesen Traditionen äußern, auf ihr innerstes Wesen zu prüfen und danach, was gerade durch den historischen Zusammenhang erleichtert wird, ihre Berechtigung oder Nichtberechtigung zu bewerten. Wie in früheren Zeiten liegt hier der Schlüssel der europäischen Gesamtlage.

I.

Die Rheinpolitik der Franzosen datiert nicht erst seit dem Westfälischen Frieden, sondern reicht schon viel weiter in die Geschichte dieses Volkes zurück. Wer sie voll verständlich machen und historisch entwickeln wollte, müßte zum mindesten die Politik desjenigen französischen Staatslenkers hinzunehmen, der den Ausgang des Dreißigjährigen Krieges vorbereitet und seinem Volke es möglich gemacht hatte, die Früchte dieses Friedens zu pflücken. Das ist der Kardinal Richelieu. In seiner Periode begegnen schon, keimartig angelegt, alle die Hoffnungen, die Antriebe, die Argumente, die Ziele, von denen in späteren Generationen die französische Rheinpolitik getragen wird.

Es wird sich aber empfehlen, einen Überblick, der allein die großen und entscheidenden Linien herausarbeiten soll, auf diejenigen Perioden zu beschränken, in denen diese Dinge einen sichtbaren politischen Niederschlag in der Welt der Wirklichkeit gefunden haben: dieser datiert allerdings seit dem Westfälischen Frieden. Nicht als ob das Jahr 1648 so starke Territorialverschiebungen zwischen Deutschland und Frankreich gebracht hätte, daß sie als solche das Machtverhältnis zwischen beiden Völkern von Grund aus hätten verändern können. Denn bekanntlich

1648
ist den Franzosen damals nicht das ganze Elsaß zugefallen, sondern nur ein Teil des Elsaß, und zwar derjenige Teil, in dem das Haus Habsburg auch die unmittelbare Landeshoheit besaß, während die Gebiete aller übrigen Landstände im Elsaß — der Bischöfe und Äbte, Grafen und Herren, Reichsstädte und Reichsdörfer — in unangefochtener Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche verblieben. Wohl war den Franzosen, zum erstenmal in der Geschichte, das Vordringen an die Linie des Oberrheins gelungen, aber sie hielten diese Linie noch nicht als ein Ganzes in Händen. Wollten sie weiter kommen, dann durfte der Friede, den die europäische Menschheit aufatmend begrüßt hatte, für sie allein nicht ein Ende, sondern erst ein Anfang sein, ein Sprungbrett für neue Anläufe, für eine systematische Offensive, an deren Ausgang das politische Übergewicht der Franzosen im Reich und vielleicht noch mehr stand.

Noch war Deutschland im Vergleich zu Frankreich der an Bevölkerung und Raumgehalt ansehnlichere Machtkörper. Aber immer mehr galt von seinem politischen Gewicht das alte Wort Machiavellis: „Die Macht Deutschlands ist groß, aber so, daß man sich ihrer nicht bedienen kann.“ Das Ziel der französischen Politik nach dem Westfälischen Frieden mußte also darauf hinauslaufen, die Schlagfertigkeit seines zurückgebliebenen Nachbarn noch weiter herabzumindern, so daß er sich seiner latenten Macht immer weniger zu bedienen imstande war: auf diese Weise konnte dann eine dauernde Machtüberlegenheit der Franzosen begründet werden. So richtet sich ihr vornehmster Angriff gegen das Haus Habsburg, nicht nur weil dieses als Ganzes der weltpolitische Rivale Frankreichs war (und in einer längst zurückliegenden Vergangenheit auch ein gefährlicher Rivale gewesen war), sondern weil es innerhalb der aufgelockerten deutschen Territorialwelt die kräftigste und organisierteste Staatsgewalt darstellte und — eben aus diesem Grunde — auch von den deutschen Fürsten

immer wieder zur Führung, zum Kaisertum, berufen wurde. Es kam also darauf an, diesen unbequemen Machtfaktor zunächst einmal vom Rhein abzudrängen, womit links des Rheines im Jahre 1648 der Anfang gemacht worden war, und womöglich gar, bei günstiger Gelegenheit, aus der Leitung des Reiches zu entfernen — in demselben Gedankengange, in dem man heute Preußen zuerst vom Rhein und dann aus der Reichsleitung entfernen möchte.

Nun verfügte ein politisches System, das von solchen Grundgedanken ausging, über mehr als eine Methode. Der Weg der brutalen Gewalt, an die wir heute bei der Epoche Ludwigs XIV. zuerst denken, war keineswegs die ursprüngliche Methode, wie er denn auch nach 1648 dem beiderseitigen Kräfteverhältnis noch längst nicht entsprach. Vielmehr boten sich dafür zunächst die verlockenderen Methoden der „friedlichen Durchdringung“, eines organischen Sichhineinschiebens in Reich und Reichsstände, mit andern Worten der unmerklichen Aushöhlung des geschwächten Reichskörpers dar. Schon in den Friedensverhandlungen in Münster hatten die Franzosen sich ursprünglich bemüht, das Elsaß nicht etwa völlig aus dem Reiche herauszulösen, sondern ihren Elsaßanteil womöglich als Glied des Reiches zu erwerben, um kraft dieses Anteils einen Fuß im Reiche zu besitzen, auf den Reichstagen mitzureden und im Rahmen der Reichsverfassung als politisches Parteihaupt aufzutreten: es ist begreiflich, daß der Kaiser, vor diese schwere Alternative gestellt, vorzog das Opfer der völligen Abtretung zu bringen. Auf derselben Linie bewegten sich die Pläne, die Kardinal Mazarin und Ludwig XIV. in den Jahren 1657/58, und dann wieder 1669/72 und 1679/82, geschmiedet haben, um die deutsche Kaiserkrone für den König von Frankreich zu gewinnen. Wenn diese Rechnung nun freilich fehlschlug — denn die Fabel von dem Wolf, der der Hüter der Schafe werden wollte, lag ebenso nahe wie die von

dem Storch, den die Frösche zum König wählten —, wenn die französische Politik den Habsburger doch nicht selber in der deutschen Führung ablösen konnte, dann mußte sie sich damit begnügen, den habsburgischen Kaiser wenigstens möglichst unschädlich zu machen, ihn gewissermaßen konstitutionell, mit Hilfe einer Organisation von deutschen Fürsten, in seiner Amtsführung zu fesseln und zu beschränken. Das geschah zuerst in dem Rheinbunde von 1658/68, dessen Name nur äußerlich an den napoleonischen Rheinbund anklingt, aber immerhin schon einen Keim verwandter Tendenzen in sich birgt. Der Leiter dieses Rheinbundes, der Kurfürst von Mainz, wollte so wenig den Verräter spielen, daß er sich wirklich für einen patriotischen Reichsfürsten hielt: er meinte sogar dem gemeinen Besten zu dienen, wenn er erst den Habsburger zum Kaiser wählte und ihm dann, damit er in Europa sich nicht allzusehr rühren könne, einen Fürstenbund, den Frankreich als Mitglied zu leiten wußte, als ein Gegengewicht und zwar im Interesse des Weltfriedens gegenüberstellte. Wie immer die Schwachen sich über die Rolle täuschen, die ihr Tatendrang sie spielen läßt, so auch dieser rheinische fürstliche Pazifismus, der von der Balance Europas träumte: man meinte in Mainz zu schieben und wurde von Paris geschoben.

Vor allem aber begannen die Franzosen, die Theorie von den „*libertés germaniques*“, die grundsätzlich zu schützen ihre Aufgabe sei, immer weiter auszubilden und in die Praxis zu übertragen. Wenn der französische König den Anspruch erhob, als Protektor der fürstlichen Libertät in Deutschland aufzutreten, so geschah das natürlich nicht um einer „Freiheit“ der deutschen Nation willen, die man weder in dem einen noch in dem andern Sinne wollte, sondern er spielte den Bundesgenossen der ständisch-feudalen Privilegien des deutschen Hochadels gegenüber der monarchischen Spitze, gegenüber der im Namen und

Das Amt des Kaisers repräsentierten Reichsgewalt. Es galt, wie Ludwig XIV. in seinen Memoiren zum Jahre 1661 sagt, „in Deutschland die Autorität von Grund aus zu zerstören, die das Haus Österreich sich seit zwei Jahrhunderten begründet hatte“. Während der französische Staat seine eigenen Kräfte immer mehr politisch organisierte, und zwar in der Richtung auf Zentralisation und Absolutismus, legte er den höchsten Wert darauf, daß sein Nachbar sich umgekehrt entwickle, sich föderalistisch auflockere und dezentralisiere, mit einem Worte politisch so weit wie möglich desorganisiere. Dem eisernen Topf war eben am besten damit gedient, daß sein Nachbar ein irdener Topf war und blieb: es wurde sein Lieblingsgedanke und sein Glaubenssatz, daß es so sein müsse. Den feudalen „*libertés germaniques*“ des 17. und 18. Jahrhunderts sind später andere Formeln gefolgt und werden noch andere Formeln folgen, die diesen sich immer gleichbleibenden Grundgedanken in immer neue verhüllende Gewänder kleiden — als wenn von der folgerichtigen Konsequenz der einen Seite auf die Dauer nicht auch die andere Seite lernen müßte.

Dieses System war immerhin nur so lange durchführbar, als man die deutschen Reichsstände in dem vertrauensvollen Glauben wiegen konnte, in der Krone Frankreich auch einen uneigennütigen Beschützer ihres partikularistischen Egoismus gegen die „Monarchie“ und deren angebliche Übergriffe zu erhalten. Man mußte sich also in Paris zunächst einer gewissen territorialpolitischen Enthaltensamkeit befleißigen: sie ist es denn auch, die die ersten friedlichen Jahrzehnte nach 1648 kennzeichnet. Aber eben das vorsichtige Abwarten und das Rechnen auf lange Sicht entsprach nicht eigentlich dem französischen Temperament und noch weniger dem Machtgefühl und den Machtmitteln des konzentrierten Staates. So begann denn um 1670 immer offener der Übergang zur zweiten Methode: das

angriffsmäßige und erobernde Vorgehen gegen das Reichsgebiet, die Offensive zum Erwerb der ganzen Rheinlinie. Daß auch in diesem Stadium der eigentlichen „Rheinpolitik“ der Franzosen die Methoden der ersten Periode wieder auftauchen, versteht sich von selbst. Je weiter man am Rhein vordrang, desto stärker konnte man auf die westlichen Reichsstände drücken, und wenn der Protektor des fürstlichen Föderalismus noch mit dem Argument der Kanonen nachhelfen konnte, durfte er vollends hoffen, Einzelne oder Gruppen unter dem deutschen Hochadel zu finden, die sich aus Furcht oder Eigennutz auf seine Seite schlugen.

Dazu kam, daß diese Rheinpolitik zu allen den Kräften, die sie von innen her wirken ließ, auch noch über solche Hilfsmittel verfügte, die sie von außen her in Aktion treten lassen konnte. Das ist der außenpolitische Druck auf die Mittellage unseres Reiches, die den innersten Kern unseres geschichtlichen Schicksals erklärt. Wenn der Franzose am Rhein vordrang, so versäumte er nicht die Ostfront des Reiches zu beschäftigen, den Kaiser möglichst im Rücken dergestalt zu fesseln, daß er an der Westfront nicht allzuviel vermochte. Zu diesem Zwecke errichtete die Diplomatie Ludwigs XIV. ein geschlossenes System von politischen Gegengewichten, das von Schweden, dem traditionellen französischen Verbündeten, über Polen, wo jede Königswahl einen europäischen Machtwettstreit entfesselte, und über die ungarischen Malkontenten in Siebenbürgen, deren Häupter in jeder Krisis nach Paris blickten, bis zu der türkischen Großmacht reichte, die seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts der Bundesgenosse des allerchristlichsten Königs war. Welche praktischen Dienste die stärksten Karten in diesem Spiel der Einkreisung der französischen Rheinpolitik zu leisten vermochten, möge an zweien der bekanntesten Beispiele gezeigt werden. Aus dem Reichskrieg im Westen mußte der Große Kurfürst

im Jahre 1675 jenen Eilmarsch in sein von den Schweden überfallenes Land antreten, der ihn zwar zu dem Tage von Fehrbellin und zu dem Siegeslauf um die Küsten der Ostsee bis nach Riga hinauf führte, aber aus dem rheinischen Kriegstheater für Jahre völlig ausschaltete. Noch lehrreicher wirkt es zu beobachten, wie die Überwältigung Straßburgs (1681) durch eine von Paris ermutigte türkische Offensive flankiert wird, die zwar im Jahre 1683 vor den Toren Wiens zum Stehen kommt, aber während mehrerer Jahre alle Kräfte des habsburgischen Staates auf das äußerste gefesselt hielt. Diese Beispiele verfolgen keineswegs den Zweck, einen moralischen Gesichtspunkt in den politischen Machtkampf zu übertragen, dessen Methoden sich zu allen Zeiten gleich bleiben, aber sie können doch das eine verdeutlichen, worauf es ankommt: in welchem Maße dieses von innen und von außen gebundene und gelähmte deutsche Reich in der Defensive gegenüber dem französischen Machtwillen stand.

So wird sich die französische Offensive am Rhein im Rahmen eines europäisch angelegten Machtkampfes vollziehen. Sie wird ihre ersten Schritte tun, sobald die Situation in Europa dazu reif ist, und je nachdem die allgemeine Konjunktur dazu einlädt, tastend oder hemmungslos den Weg der Eroberung beschreiten. Die nächste Aufgabe war, von der 1648 gewonnenen Position im Elsaß aus zur Erwerbung des ganzen Elsaß überzugehen. Man begann damit, den Text des Westfälischen Friedens an den Stellen, wo er verschieden interpretiert werden konnte, im französischen Sinne, d. h. im Sinne der Macht gegen das Recht, zu interpretieren, denn auch die reine Gewalt wird, wofür gerade die französische Geschichte Beispiele genug bietet, wenigstens im ersten Stadium eine rechtliche Fiktion, die den Schein wahrt, niemals verschmähen. Sobald der europäische Krieg mit dem Überfall auf Holland begann, eigneten die Franzosen

sich die kleinen Reichsstädte im Elsaß, von Hagenau, Colmar, Schlettstadt abwärts, an, wobei sie in ihrem rechtswidrigen Vorgehen immerhin durch eine komplizierte Rechtslage unterstützt wurden. Als dann der große Krieg nach sieben Jahren siegreich zugunsten Frankreichs entschieden war, wurde, nunmehr unter Beiseitesetzung aller Rücksichten, jene Politik der Reunionen eröffnet, die auf die Aufsaugung aller selbständigen Reichstände im Elsaß hinauslief und in der Überrumpelung der freien Reichsstadt Straßburg gipfelte.

Es war eine Politik des Rechtsbruches und der brutalen Gewalt mitten im Frieden, unter dem Schein eines Rechtsverfahrens, in dem der Franzose Kläger, Richter und Vollstrecker des Urteils in einer Person war. Es war Eroberung in der häßlichsten Gestalt. So steht das historische Urteil darüber fest — wir wollen aus diesem einstimmigen Chor nur einige französische Stimmen herausheben. Schon zur Zeit Ludwigs XIV. rief der edle und mutige Erzbischof Fénelon dem Könige zu: „Mitten im Frieden haben Sie Krieg geführt und wundersame Eroberungen gemacht. Sie haben eine Reunionskammer eingesetzt, um Richter und Partei zugleich zu sein; das hieß: Kränkung und Hohn der Rechtsanmaßung und Gewalttätigkeit hinzuzufügen . . . Ein solches Benehmen hat ganz Europa gegen Sie geeinigt und in Erregung versetzt.“ Von neueren Historikern spricht Georges Bardot (1899) von monströsen Mißbräuchen der Gewalt („*de monstrueux abus de la force*“) und ein Mann wie Erneste Lavisse, dem kein Franzose ein empfindliches Nationalgefühl bestreiten wird, hat über die Gesamtpolitik des Königs geurteilt (1906): „Niemals hat sich Ludwig XIV. durch einen Vertrag gebunden erachtet. Er hat in seinen Memoiren seinem Sohn die Meinung ausgesprochen, daß die Worte der Verträge den Komplimenten gleichen, die man in der großen Welt macht und nur eine im Verhältnis

zu ihrem Klange ganz untergeordnete Bedeutung besitzen. Er hat beinahe jedes Wort gebrochen, das er gegeben hat. Er hat beim Tode des Königs von Spanien Advokatenkniffe (*chicanes de procureur*) als Kriegsgründe aufgefunden und ähnliche Kriegsgründe nach dem Frieden von Nymwegen gefunden, um die Reunionen zu unternehmen. Niemand konnte sich auf ihn verlassen“. Genug, das Urteil über die politischen Methoden des Sonnenkönigs, der auch nach dem Urteil Macaulays „niemals in irgendeiner Transaktion den geringsten Respekt für die feierlichsten öffentlichen Verpflichtungen zu Treu und Glauben zeigte“, wird von keiner Seite in der europäischen Geschichtschreibung bestritten. In dieser Generation sind die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für lange Zeiten — soll man sagen: endgültig? — vergiftet worden, und zwar ausschließlich durch die Schuld der einen Seite. In diesem Gedankengange geschah es, daß Ranke im November 1870 in Wien zu der Umgebung von Thiers die bekannte Bemerkung machte, „daß der Krieg nicht mehr gegen Napoleon III. gerichtet sei, noch auch gegen Frankreich an und für sich, das wir in einer gewissen Größe zu sehen wünschten, als vielmehr gegen die Politik Ludwigs XIV., der einst einen Zeitmoment der Schwäche des Reiches benutzte, um nicht allein ohne Recht, sondern selbst ohne Anspruch Straßburg unsern Händen zu entwenden“.

Wenn man heute im Lager ehrlicher Friedensfreunde den Einwand erheben könnte, daß der Gedanke der Völkerversöhnung zu hoch stehe, um dauernd von dem Ballast historischer Erinnerungen erdrückt zu werden, so ist darauf die Antwort einfach genug: es ist die neue „Schule des Westfälischen Friedens“ in Frankreich, die nicht nur diese Erinnerungen triumphierend wieder wach ruft, sondern aus den Rechtsbrüchen von damals historische Rechtstitel von heute zu machen sucht.

Um nur ein einziges Beispiel zu nennen (und von dem Elsaß gar nicht zu reden), sei hier angemerkt, daß mit Hilfe jener „*chicanes de procureur*“ die Franzosen damals den ersten Anlauf zu einer vorübergehenden Aneignung Saarbrückens (1681/97) unternommen haben. Auch hier ist ihr ältester historischer Rechtstitel nur das Verbrechen der „Reunionen“.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß eine überlegene Macht, vor der es anscheinend doch keine Rettung gibt, eben durch ihr rücksichtsloses Vorgehen auch den inneren Zusammenhang der Gegenseite noch weiter aufzulockern vermag. Weil das Deutsche Reich nicht über eine Konzentration der Machtmittel verfügte, um seinem unanfechtbaren Recht am Oberrhein Geltung zu verschaffen, mußte es bei seinen eigenen Gliedern an Autorität immer weiter einbüßen. So geschah es, daß sich in seiner eigenen Mitte immer wieder eine franzosenfreundliche Partei zusammenfand, zumal unter den großen mit Habsburg rivalisierenden Fürstenhäusern, die sich nach der stärkeren Macht hin orientierten. Trotz aller Bitterkeit der Erinnerungen dürfen wir uns nicht verhehlen, daß vorübergehend sogar der große Hohenzoller das Haupt einer solchen Klientel war, die dem Kaiser im Jahre des Falles von Straßburg praktisch die Hände band, — die Generation von damals besaß noch nicht die unbeirrbar sichere Sicherheit eines nationalen Empfindens, das heute die Wiederkehr solcher Dinge unmöglich machen würde.

Ganz anders stand es mit einzelnen Familien des Hochadels, wie den Fürstenbergern, die fast wie französische Seigneurs empfanden und als geistliche Herren in Straßburg und Köln sich zu dienstfertigen Schrittmachern der feindlichen Eroberung hergaben. Denn diese Eroberung stand auch, nachdem sie sich des ganzen Elsaß bemächtigt hatte, nicht stille, sondern schlug vielmehr mit Hilfe der neuen Position nur ein schnelleres Tempo ein. Sie hatte,

aus den üblichen militärischen Gründen, die sich nur allzu leicht im Bedarfsfalle einstellen, schon längst auch nach Brückenköpfen auf dem rechten Rheinufer gegriffen, nach Breisach zuerst, dann nach Philippsburg, nach Kehl, für einige Jahrzehnte sogar nach Freiburg: die angeblichen „Sicherungen“ öffneten in Wirklichkeit nur Einmarschstraßen in das innere Deutschland. Jetzt ging man auch zur Offensive am Mittelrhein und Niederrhein über. Wo immer nur die lockere feudale Struktur des Reiches, jene zärtlich behüteten „*libertés germaniques*“, eine Lücke oder einen Ansatzpunkt darboten, griff ein um keinen Vorwand verlegener Eroberungswille zu, mochte es sich um weltliche Erbensprüche auf Teile der Pfalz (nach dem Aussterben des Hauses Pfalz-Simmern im Jahre 1685) oder um eine Einmischung in eine streitige Erzbischofswahl in Köln handeln. Drang man hier wie dort durch, so hatte man Aussicht, allmählich die ganze Rheinlinie in französische Hände zu bringen. Unter diesem Zeichen eröffnete Ludwig XIV. den, wie der Schweizer Dierauer urteilt, „rohesten und ungerechtesten“ seiner Kriege, den Pfälzischen Eroberungskrieg.

Es liegt auf der Hand, daß diese Politik rein militärisch charakterisiert ist. Sie hat natürlich Argumente, die nicht von der Macht, sondern von einer Art von Recht sprechen und weit in frühere Jahrhunderte zurückreichen. Nicht erst seit den Zeiten Richelieus liebte man es, von den natürlichen Grenzen oder von dem historischen Umfange des alten Galliens zu sprechen; wenn man erst anderthalb Jahrtausende zurückging, war es leicht, alles Dazwischenliegende als zu Unrecht geschehen abzulehnen, sodaß es in diesem gallischen Reiche keine Eroberungen, sondern nur Revindikationen, keine Einverleibungen, sondern nur Reunionen gab; bis in die Gegenwart hinein wird man jede Eroberung als eine „Wiederherstellung“ bezeichnen und die Völker zu überreden suchen, daß es sich so verhalte.

Des weiteren kennt die militärische Eroberung Ludwigs XIV. noch keine wirtschaftlichen Erwerbsmotive; so hat man z. B. davon abgesehen, das Elsaß, das als „*province effectivement étrangère*“ verwaltet wurde, und ebenso Lothringen, auch dem französischen Wirtschaftskörper einzuflügen; vielmehr ist über ein Jahrhundert die Zollgrenze zwischen dem alten Frankreich und dem neuen Eroberungsgebiet aufrecht erhalten worden. Auch arbeitete diese Politik nicht etwa mit Gründen der nationalen oder kulturellen Zugehörigkeit des Elsaß zu Frankreich; bei aller Gewalttätigkeit verfiel man nicht auf den Gedanken, der Welt vorzulügen, daß man hier in anderem als rein deutschem Volksgebiete stehe; und der Begriff der gallo-keltischen Kultur am Rhein war damals noch so wenig erfunden, daß Ludwig XIV. gerade auf Grund seiner elsässischen Besitzungen, als „*prince allemand*“, seine Zulassung zum Deutschen Reichstage gefordert hatte. Genug, das früheste und stärkste System des Militarismus in Europa, das von dem Frankreich Ludwigs XIV. repräsentiert wird, bildet gegenüber dem politisch und militärisch viel unentwickelteren Deutschen Reiche den Typus einer rein militärisch orientierten Eroberung aus, wie sie dem Geiste dieses ruhmbegehrigen Volkes entspricht. Es ist ein Franzose, der Geschichtschreiber Louvois', Camille Rousset, der darüber urteilt: „Kein Volk der Erde hat seit den Römern eine solche Leidenschaft für Eroberungen an den Tag gelegt, wie das unsere. Mögen sie gerecht sein oder ungerecht, vernünftig oder toll, folgereich oder unfruchtbar, es kümmert sich nur wenig darum. . . . Was die Bevölkerung der zur Eroberung ins Auge gefaßten Gebiete über den Eroberer und seinen Plan denkt, beunruhigt es nicht einen Augenblick, weil es nicht daran zweifelt, daß man stolz sein muß, ihm anzugehören.“

Die Kette dieser Eroberungen und Eroberungspläne kreiste um die beiden Brennpunkte der französischen

Politik: Gewinn der Rheinlinie und möglichste Föderalisierung Deutschlands. Aber eben diese kombinierte Bedrohung, die an den Lebensnerv der Nation rührte, hatte eine unvermeidliche Rückwirkung: sie mußte die Deutschen, bei aller ihrer inneren Zersplitterung und politischen Rückständigkeit, an die primitivste Pflicht eines Volkes erinnern: zusammen zu stehen und sich zu wehren. Sie erzeugte seit dem Ausgang der achtziger Jahre wieder eine Einigkeit, wie man sie lange nicht erlebt hatte: „denn solcher Angriffe und Gefahren bedarf es“, sagt Ranke, „um der Nation ihre gemeinschaftlichen Interessen zum Bewußtsein zu bringen.“ Der Franzose war es, der uns zuerst in eine politische Schule nahm, deren letzte Erziehungsresultate freilich außer seiner Berechnung lagen.

Dazu kam etwas Zweites, weltgeschichtlich noch Bedeutenderes. Wenn es dem Franzosen gelang, eine dauernde Überlegenheit über seinen deutschen Nachbarn zu gewinnen, so fiel ihm eben dadurch auch die Hegemonie in ganz Europa zu, die Ludwig XIV. und seine Leute, die Louvois, Colbert, Vauban offen als das letzte Ziel ihres Handelns eingestanden. Es war nicht anders: an den Rheinpositionen entschied sich nicht allein das Machtverhältnis der beiden großen Kontinentalvölker, sondern etwas, was alle anging: das Schicksal Europas — Freiheit oder Unterwerfung. So trug diese rheinische Eroberungspolitik in dem Stadium, bis zu dem wir sie verfolgten, entscheidend dazu bei, die erste große Koalition gegen Frankreich unter Führung Wilhelms III. von Oranien auszulösen. Man darf es aussprechen, daß die weltgeschichtliche Größe Englands von dem Moment datiert, wo es in seinem eigenen Lebensinteresse die Führung Mitteleuropas in dem Kampf um den Rhein ergreift. Auf der ganzen Linie vom Breisgau bis nach Holland ging es jetzt um etwas Höheres als einzelne Plätze oder Landschaften: es handelte sich um die höchsten europäischen

Güter. Das Ergebnis des gewaltigen Ringens war, daß Frankreich wenigstens über das Elsaß hinaus keine Eroberung auf dem linken oder rechten Rheinufer zu behaupten vermochte.

Wenn so die „historische Rheinpolitik“ am Ausgang des 17. Jahrhunderts zum Stehen gebracht wurde, so schloß sie darum im 18. Jahrhundert doch nicht ein. Bezeichnend dafür ist die Politik des Kardinals Fleury, der die lange angebahnte Erwerbung Lothringens zum Abschluß brachte und im Jahre 1740 das Aussterben des habsburgischen Mannesstamms erlebte. Niemals waren die Hoffnungen höher geschwellt, als damals, da unter französischer Führung eine Koalition der größeren deutschen Staaten gegen Maria Theresia zusammengebracht wurde. Fleury schwelgte in Plänen, das Deutsche Reich in vier Teile zu zerschlagen. Es war ein 85jähriger Mann und Kardinal der römischen Kirche, in dem der Eroberungswille so hemmungslos Wurzel schlug. Davor verschwanden alle friedfertigen Gesinnungen: „Sie hatten in ihm“, so sagt Ranke, „keine festere Begründung als in der Nation überhaupt. In den Traditionen der Macht liegt für die späteren Geschlechter ein fast unwiderstehlicher Antrieb des Wetteifers mit den früheren.“

II.

Wird aber dieses Wort auch dann noch Geltung bewahren, wenn dieses französische Königtum mit allen seinen glanzvollen Traditionen von der Revolution über den Haufen gerannt wird? Werden die Führer der neuen revolutionären Gewalten nicht mit dem phantastischen Überschwang der Worte, wie eine neue Ära ihn so leicht erzeugt, der Welt verkünden, daß mit dem *ancien régime* auch seine verderbten politischen Methoden zum alten Eisen geworfen seien, um den edleren Grundsätzen einer Zeit des Völkerfriedens Platz zu machen? Auch als die Revolution in den wohl unvermeidlichen Konflikt mit den

2*

deutschen Vormächten hineintrieb, hieß es immer noch: Krieg den Thronen, Friede den Völkern; selbst als der Krieg unabwendbar geworden war, meinte man eine ganz andere Kriegführung anwenden zu können, als sie seit dem „*brûler le Palatinat*“ Ludwigs XIV. am Rhein un- vergessen war.

Gerade im Hinblick auf diese Erinnerungen erklärte der erste Wortführer der revolutionären Außenpolitik, J. P. Brissot, das Haupt der Girondisten, am 30. Dezember 1791 bei den Jacobinern: „Tyrannen können die schönsten Länder in Wüsten verwandeln. Der freie Mann wird lieber mit einem Schläge die Wüsten mit Menschen bevölkern, die frei und glücklich wie er sind; die Hütte ist für den freien Mann achtungswerter als der Palast. Das sind die Grundsätze, die die französischen Armeen leiten werden. . . . Sie werden vergessen machen die schrecklichen Szenen in der Pfalz, die nicht die französische Nation, wohl aber den ministeriellen Despotismus besudelt haben. Und dann werden die Deutschen den Unterschied kennen lernen zwischen einem Volk, das sich für die Freiheit schlägt, und einer Armee, die die Träume einiger gekrönter Räuber unterstützt.“ Aber es war noch kein Jahr vergangen, und derselbe Brissot verkündete am 26. November 1792: „Wir können nur ruhig sein, wenn Europa und zwar ganz Europa in Flammen steht.“ Seine praktische Politik entfaltete ein doppeltes Programm. Einmal Ausdehnung Frankreichs bis zu den Grenzen, die die Natur vorschreibt (*extension de la France jusqu'aux bornes que prescrit la nature*): Rhein, Pyrenäen, Alpen — das hieß nichts anderes, als daß der „freie Mann“ die ganze Eroberungspolitik des 17. Jahrhunderts auch am Rhein wieder aufnehmen wollte. Jenseits dieser Grenzen aber: lauter Gürtel von Föderativrepubliken und keine Universalrepublik („*au delà, ceintures de républiques fédératives, et point de république universelle*“) — wie

der „freie Mann“ sich solche Föderativrepubliken am Rhein dachte, sollte schon der Feldzug des Jahres 1793 lehren. Die Geschichte der ersten „*république cisrhénane*“ zeigte den Weg an, auf dem die flüchtigen Gebilde eines republikanisch föderalisierten Deutschlands von der Herrschaft des Mutterlandes der Revolution aufgesogen werden konnten.

Es sind die alten Ziele der Franzosen, und nur die Rechtstitel, die sie anrufen, die Argumente, mit denen sie begründen, sind andere geworden. Während Ludwig XIV. eine Klientel deutscher Fürsten zu lenken versucht hatte, strebte die Republik zunächst einen Haufen von ihr kontrollierter republikanischer Pufferstaaten auf deutschem Boden an. Statt der feudalen Rechtstitel Ludwigs XIV. bediente sich die Revolution einer angeblich natürlichen, naturrechtlichen Begründung. Für ein Geschlecht, das sich an Rousseaus „Zurück zur Natur“ begeistert hatte, wurden nun die „natürlichen Grenzen“ zu einem Schlagwort, dem auch ein harmloses und friedliches Gemüt sich beugte. Dem rechnenden Politiker versprachen die „natürlichen Grenzen“ — und es handelt sich in der Hauptsache um den Rhein! — noch erheblich bessere Dienste zu leisten als die gallischen Reminiszenzen, die gewissermaßen der historischen Welt, die nun unterging, angehört hatten. Sie waren somit nichts als die zeitgemäße Einkleidung des alten französischen Eroberungswillens, und im Grunde, in ihrer Absolutheit und Dehnbarkeit, ein viel gefährlicheres Instrument. Das Dekret vom 1. Oktober 1795, in dem die französische Revolution sich auf die Forderung der natürlichen Grenzen, gegenüber der gemäßigten „Partei der alten Grenzen“ festlegte, hat nichts geringeres als die Verewigung des Weltkrieges auf Jahrzehnte zur Folge.

Also begann schon bald die angebliche Befreiung der Völker in nackte Eroberung umzuschlagen. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß eine ver-

änderte Staatsform auch eine grundsätzlich veränderte Richtung der auswärtigen Politik auslösen müsse. Im Gegenteil pflegen die eingeborenen Tendenzen der Macht — und der historische Eroberungswille der Franzosen ist eines der schlagendsten Beispiele für die Konstanz solcher Grundkräfte — durch jede Staatsform, gleichviel welchen Namen sie trage, wie durch eine oberflächliche Verhüllung durchzubrechen und sich nur in der äußeren Terminologie den veränderten Bedürfnissen der Zeit geschmeidig anzupassen. Die Rheinpolitik der Franzosen hat nicht nur im *ancien régime*, sondern auch in der Revolution einen Stammbaum, und es ist keine Frage, welcher die gefährlichere Offensivkraft besitzt.

Das Entscheidende ist, daß jetzt das französische Volk als Träger dieses Eroberungswillens sichtbar und verantwortlich auf die Bühne tritt. An dieser Stelle ist die Revolution schlechterdings die Erbin des französischen Königtums, und ihr Vollstrecker Napoleon zugleich der Vollender aller Entwürfe seit den Zeiten Richelieus und Ludwigs XIV. Es wird ihm gelingen, vom Rheine aus eine für französische Gemüter imponierende Weiterbildung altfranzösischer Staatskunst heraufzuführen, und sie schließlich in einem System zu krönen, das die kühnsten Träume Ludwigs XIV. wie bescheidene Ansätze weit überbietet.

Nun ist vorweg zu bemerken — und daran darf auch die deutsche Geschichtschreibung nicht vorübergehen —, daß die Eroberungen der Revolution und des Napoleonismus, von der innerpolitischen Wirkung her gesehen, doch auch wieder einen veränderten Charakter gegenüber der früheren Eroberung tragen. Die Franzosen zerbrechen auf der Westfront des Reiches eine rückständige feudale Kleinstaatenwelt mit ihren überlebten gesellschaftlichen Ordnungen und verkümmerten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebensformen. Was sie an die Stelle des Untergehenden setzen, wird in mehr als einer Beziehung inner-

politischer Fortschritt sein: Beseitigung der feudalen Lasten, moderne Rechtsgleichheit, wirtschaftliche Belebung und individuell freiere Bewegung, Einordnung der territorialen Parzellen in einen lebendigen größeren Zusammenhang. Wenn das im einzelnen dankbar empfunden wurde, so darf man nicht vergessen, daß der Rheinländer von damals — darin liegt der fundamentale Unterschied gegenüber der heutigen Lage — einen wahrhaft nationalen Staat gar nicht besaß. Denn das Reich als Ganzes war auch nichts anderes als das, was er zu Hause im kleinen bei sich sah: das Zerrbild einer zerrissenen, stickigen und lebensunfähigen Territorialwelt konnte ihm nicht die Ideale bieten, die eine große und aufrechte Nation in ihrem Leben verwirklichen will.

Aber es wird darauf ankommen, wenn von einem gesellschaftlichen Fortschritt im einzelnen gesprochen werden darf, um welchen Preis dieser Fortschritt erkauft wurde. Hier liegt das Problem. Der Pariser „Temps“ vom 2. Februar 1921 hat angekündigt, daß „eine Historikerschlacht über die Lage des Rheinlands während der französischen Besetzung von 1792/1814 entbrennen werde“. Wir können vom deutschen Standpunkt das nur begrüßen und werden alles tun, die Frage nicht allein vom lokalen Interessenwinkel aus zu erörtern, etwa um die Verwaltungstugenden eines einzelnen vortrefflichen napoleonischen Präfekten festzustellen, sondern auch im Rahmen unserer nationalen Gesamtentwicklung und schließlich im Rahmen der europäischen Geschichte.

Der Verlust des linken Rheinufers, der ältesten Kulturlande deutschen Volkstums mit einem Siebentel der Bevölkerung des alten Reiches, war der schwerste Schlag, den die Nation in einem Jahrtausend wechselvoller Geschichte bis dahin erlitten hatte. Konnte es doch sogar einem wehrlos gewordenen deutschen Geschlecht im Westen so scheinen, als ob diese neue Ordnung am Rhein

für immer geschehen sei. Selbst der Koblenzer Joseph Görres, der begabteste Sohn des Rheinlandes — der hernach zum begeisterten Apostel des Deutschtums am Rhein werden sollte! — hatte am Ende des Jahrhunderts, das verlogene Argument der andern gläubig nachsprechend, die Meinung vertreten können: „Die Natur schuf den Rhein zur Grenze von Frankreich; wehe dem ohnmächtigen Sterblichen, der ihre Grenzsteine verrücken und Kot und Steinhaufen ihren scharf gezogenen Umrissen vorziehen wollte“. Die folgenden schweren Jahre sollten erst lehren, daß der Verlust des linken Rheinuferes noch viel mehr, daß er den Beginn einer Fremdherrschaft bedeute, die Napoleon, eben von der unangreifbaren militärischen Machtstellung am Rheine aus, nunmehr Schritt für Schritt, mit einer unentrinnbaren Folgerichtigkeit, über das ganze politische Dasein unserer Nation verhängen sollte.

Der erste unmittelbar folgende Schritt war die formelle Auflösung der Reichsverfassung, als des „Mittelpunktes aller feudalen Vorurteile Europas und der Stütze der österreichischen Macht“: gerade die feudale Struktur, die der Bundesgenosse Ludwigs XIV. gegen eine allzu monarchische Gliederung des Reiches gewesen war, mußte jetzt den Rechtstitel zur Vernichtung hergeben, als wenn die Argumente nur die Sklaven eines zielbewußten Willens wären. Dann folgte, innerhalb des nunmehr hervorgerufenen Vakuums, die Organisation des außerpreußischen und außerösterreichischen Restdeutschlands als einer fürstlichen Klientel unter napoleonischer Kontrolle: der Rheinbund, dessen Name schon mit einem tieferen Sinne das Wesen der eingetretenen Veränderung kennzeichnet. Mit diesem beherrschenden Einfluß über das deutsche Fürstentum war dann diejenige Form der „Föderalisierung“ gefunden, die alle französischen Wünsche befriedigte. Da diese Rheinbundklientel, im Innern durch Einrichtungen napoleonischen Stils zusammengehalten, die Verfügung

über ihre militärischen Machtmittel dem Kaiser überlassen mußte, so stellte ihre Gruppe nichts als eine andere, mittelbare Form der Fremdherrschaft dar. Diese wurde dadurch befestigt, daß es Napoleon in den nächsten Kriegen gelang, Österreich und Preußen völlig aus dem Westen des Reiches hinaus und weit nach dem Osten, bis über den Inn, bis über die Elbe zurückzuwerfen — womit dann, ein sehnüchziges Ziel alter französischer Träume, eine selbständige Macht, die den Namen verdiente, im Bereich der neuen Hegemonie nicht mehr anzutreffen war. Jetzt erst war jeder napoleonischen Willkür auf deutschem Boden Tor und Tür geöffnet!

So setzte alsbald das Hinausdrängen auch über die angeblich von der Natur geschaffene Rheingrenze ein; der verlogene neumodische Eroberungstitel der „natürlichen Grenzen“ wurde eiligst zu den Akten gelegt, sobald er dem Fortgang der Eroberung im Wege stand. Denn diese Jagd nach der Grenze, angestachelt von weltpolitischen und militärischen Antrieben, die niemals die letzte Sättigung finden, kannte fortan keine Hemmung mehr, ob sie nun in dem Königreich Westfalen unter Jerôme oder in dem Großherzogtum Berg unter Murat die rheinbündische Klientel vermehrte oder den Nordwesten des Reichs, die Küsten bis nach Hamburg und Lübeck hin, unmittelbar mit dem Empire vereinigte. Die historische Rheinpolitik hatte ihr Ziel erreicht: das Ende des deutschen Staates.

Es konnte noch mehr und noch schlimmeres daraus entstehen. Denn der Napoleonismus, diese neue und stufenartig gegliederte Form der Eroberung, war nicht mehr damit zufrieden, wie im 17. Jahrhundert, das Land nur militärisch zu besitzen und auszubeuten. Er verlangte auch die Bewohner zu erobern, sie womöglich zu loyalen und freudigen Untertanen, ja letzten Endes zu Franzosen zu machen. War es zu verwundern, daß dieses mißhandelte und staatlose Geschlecht hier und da schon

begann, sich demütig vor dem letzten Worte der Weltgeschichte zu neigen und geschäftig den eigenen Vorteil zu suchen? Schon begann in einzelnen Köpfen eine bonapartistische Staatsphilosophie Wurzel zu schlagen: man höre den Frankfurter Börne, freilich einen Deutschen erster Generation, im Jahre 1808 über die Untrennbarkeit Deutschlands und Frankreichs orakeln, über den Fingerzeig des Schicksals, daß beide Länder einen Staat bilden sollten, man höre ihn den Staat glücklich preisen, „wenn sich die deutsche Nation mit der französischen vermählte und sich beide neutralisieren“. Wer damals auf deutschem Boden diese „Vermählung und Neutralisierung“ am eigenen Leibe erlebte, mußte sich von dieser Philosophie der Knechtschaft verächtlich abwenden. Wenn aber eine „moralische Abrüstung“ solchen Schlages um sich griff, dann hatten die Franzosen ihr Ziel für immer erreicht, dann mußte allerdings auf die Auflösung des deutschen Staates auch das Ende der deutschen Nation folgen.

Das Bestreben Napoleons lief freilich darauf hinaus, den Zwang hinter der Maske der Freiwilligkeit, ja der allgemeinen Zustimmung seiner deutschen Untertanen zu verstecken. Aber mit welchen Mitteln wurde der Schein einer solchen Zustimmung vorgetäuscht! So ließ z. B. der Unterpräfekt von Essen im Jahre 1811 bei der Durchreise des Kaisers durch Polizeisergeanten die Einwohner nötigen, sich vor ihren Häusern aufzustellen, um dem Kaiser ihre Freude kundzugeben, „weil sie vielleicht von ihrem Glück zu benommen wären und es deshalb vergessen haben könnten“. Auf ähnliche Weise wurden von der unerschöpflichen amtlichen Mache tausende von Kundgebungen, Adressen, Festen „inspiriert“ — es war bestellte Arbeit in einem unfrei gemachten Volke, dem der Mund verschlossen war. Die Resultate der amtlichen Mache waren hernach in der officiösen Presse zu finden; ohne Zweifel wird es nicht an historischen Polizeisergeanten

fehlen, die in der angekündigten „Historikerschlacht“ dergleichen wiederausgraben und einen Gasangriff damit versuchen möchten, um den Beweis für die tiefen Sympathien des Rheinländers für die neue Ordnung der Dinge zu erbringen. Wie in Wahrheit diese Propaganda arbeitete, hat das Buch von A. Karll kürzlich für das Departement Roër (Köln-Aachen) aus den französischen Akten auf das Lehrreichste erwiesen; ein ähnliches Werk über das napoleonische Regime in der Pfalz wird das Bild für ein anderes Gebiet noch umfassend ergänzen. Sie bestätigen nur, was eine unabhängige und objektive französische Geschichtschreibung vor dem Weltkriege ausgesprochen hat, wenn sie diese napoleonische Herrschaft ebenso scharf verurteilte, wie die Ausschreitungen der „entarteten“ Politik Ludwigs XIV. So ist Georges Servières (L'Allemagne française sous Napoléon I^{er}, Paris 1904) zu dem Ergebnis gekommen, das der jämmerliche Ausgang dieser napoleonischen Herrschaft in Deutschland doch auch „ein logischer und moralischer Ausgang“ gewesen sei. „Denn die Vollstrecker von Napoleons Willen, vielleicht allzu sehr verleumdet durch die, welche unter ihrem Joche gelebt haben, haben nichtsdestoweniger die Rolle von Unterdrückern gespielt. Die unparteiische Darlegung der Tatsachen wird erweisen, was die Annexionen wert sind, die von der Eroberung auferlegt werden, zum Nachteil der Interessen der Völker und ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse, unbekümmert um die geographischen Grenzen, die natürlichen Verwandtschaften, die nationalen Bestrebungen.“

Denn wenn Napoleon sein Ziel wirklich erreichen wollte, so durfte er vor der Ursünde nicht zurückschrecken, seine Axt an die Wurzel einer lebendigen Nation zu legen. So beobachtet man denn in seinen Regierungsmethoden schon die Vorbereitungen einer Französisierung derer, die man vorläufig als „*Français futurs*“ bezeichnete. Man begann mit allmählicher Einstellung des deutschen Unter-

richts in den mittleren Schulen, mit der Unterdrückung und Erschwerung des deutschen Theaters und der deutschen Zeitungen; so waren in Aachen schon 1810 alle deutschen Zeitungen zugunsten eines offiziösen „Journal de Roër“ beseitigt. Was brauchte dieser deutsche „Zukunftsfranzose“ auch eine öffentliche Meinung in seiner Muttersprache! In Kassel hat die Polizei im August 1812 (während des russischen Feldzuges!) kurzweg alles Sprechen über politische Gegenstände, die nicht im „Moniteur“ ständen, verboten und die Widerstrebenden mit Verhaftung bedroht. Genug man beobachtet schon die ersten Ansätze von dem, was heute hinter den schmeichelnden Verlockungen einer französischen „Kulturpropaganda“ versteckt wird. Den Rheinländern von damals konnte allerdings schon ein Blick auf das Elsaß, wo die Revolution sofort die bis dahin unangetastete Universität als eine „Hydra des Deutschtums“ zerstört hatte, anzeigen, wohin die Reise auch bei ihnen ging, wenn dieses Regiment von Dauer war: am Ende eines Kampfes, der im Namen der Freiheit der Völker begonnen war, drohte die gewaltsame Entnationalisierung, die Zerstörung des Innersten und Heiligsten, was es für eine Nation gibt.

Der wahre Charakter dieser Fremdherrschaft tritt vollends dann zutage, wenn man einmal nachrechnet, wozu denn Gut und Blut dieser deutschen Rheinländer und Rheinbündler unter französischem Zwange während dieses Jahrzehnts verwandt worden ist. Sie mußten als Trabanten einer Welteroberung, die sie nichts anging, bis nach Moskau hin, mitbluten, sie mußten — das härteste Los, das eine edle Nation treffen kann! — bei der Unterjochung und Bekämpfung ihrer eigenen Volksgenossen mithelfen, selbst dann noch, als diese sich längst im Osten zur Befreiung erhoben hatten, bis zu dem Schlachttag von Leipzig, der das ganze napoleonische Scheingebäude in Trümmer warf. Diese Erinnerungen wieder aufzufrischen,

mit dem militärischen Schmuck der deutschen Veteranengräber im besetzten Gebiete, hat die Propaganda der Etappe bisher nur gelegentlich gewagt, aber sie sollte bedenken, daß die historische Rheinpolitik hier Abgründe aufweist, an denen man nicht ungestraft entlangwandelt. Alle diejenigen aber unter fremden Völkern, die heute mit Objektivität und Ratschlag in den deutsch-französischen Beziehungen rasch bei der Hand sind, mögen sich einmal das Ganze dieser deutschen Erlebnisse vergegenwärtigen, die so kein großes Volk Europas getragen hat — und die wir heute von neuem vor uns sehen!

Wenn so der Napoleonismus das Vorbild der Regierung Ludwigs XIV. weit überbot, so sollte sein Schicksal auch deren Ausgang in grandiosem Ausmaß wiederholen. Wiederum hatte sich gezeigt, daß Herrschaft der Franzosen am Rhein, Hegemonie in Deutschland und Hegemonie in Europa auf das engste miteinander verflochten waren und nur zusammen gebrochen werden konnten. Wiederum lagen die Befreiung Deutschlands und die Befreiung Europas auf derselben Linie. Es war das Erlebnis der napoleonischen Fremdherrschaft, das den schlummernden Riesen, das deutsche Nationalgefühl, zum ersten Male wachrüttelte. Noch wäre es aus sich allein nicht imstande gewesen, das Joch abzuwerfen. Wie 125 Jahre zuvor mußte eine große Koalition zur Befreiung Mitteleuropas und zur Beschränkung Frankreichs zusammentreten, auch diesmal unter Führung Englands, das mit seinem eigenen Lebensinteresse zugleich die Sache der Freiheit in Europa vertrat. Wenn neuerdings Lloyd George die Liste der deutschen „Überfälle“ auf Frankreich mit dem Jahre 1814 beginnen läßt, so scheint er selbst in der Bewertung der großen englischen Traditionen rettungslos — und höchst unenglisch — der französischen Suggestion zu unterliegen.

So brach der neue Akt der „historischen Rheinlandpolitik“ restlos zusammen. Da aber unter dem deutschen

Volk den intensivsten und leidenschaftlichsten Anteil an der Befreiung die Preußen genommen hatten, so war es die Konsequenz, daß sie, als die militärisch Leistungsfähigsten, auf dem linken Rheinufer Herrschaft und Grenzschutz übernahmen und eine wirkliche Macht an der Stelle aufrichteten, wo nach altem französischen Staatsgrundsatz keine sein durfte. Es ist eine englische Idee gewesen, vor allem von Wellington mit Nachdruck vertreten, gerade Preußen diese Aufgabe zu übertragen — denn in England wußte man, daß nur wirkliche militärische deutsche Kraft am Rhein die Welt vor der Wiederkehr des Erlebten bewahren konnte.

III.

Wenn die öffentliche Meinung der Franzosen in den nächsten Menschenaltern nicht müde wurde, einen Kampf gegen die Verträge von 1815 zu führen, so war das verlorene linke Rheinufer die Wunde, die dem ehrgeizigen Volke am tiefsten auf der Seele brannte. Wer die Generationen von 1815 bis 1870 studiert (und man sollte es gerade im Hinblick auf diese Frage viel systematischer tun als bisher), beobachtet immer wieder, wie sehr die Deutschen in dem Wiedererrungenen in der Defensive stehen gegenüber einem mühsam verhehlten waffenklirrenden Andringen von der andern Seite: man braucht nur die „Wacht am Rhein“ und „Sie sollen ihn nicht haben“ mit Alfred de Mussets Herausforderung „*Nous l'avons eu, votre Rhin allemand*“ zu vergleichen.

Es waren nicht allein die treuen Anhänger des Napoleonismus, die Militärs, die Chauvinisten, die den Ruf nach dem Rhein nicht zu unterdrücken vermochten: es sind überhaupt nicht einzelne Stimmen (an denen es niemals unter den Völkern bei chauvinistischen Wünschen fehlt), sondern es sind die Tiefen der Nation selber, die rufen und fordern. Darum seien nur zwei Äußerungen von der äußersten Linken zum Belege ausgewählt. Der

Sozialist Louis Blanc schrieb im Jahre 1843: „Deutschland soll sich nicht darüber täuschen. Die rheinische Frage ist für Frankreich nicht eine Frage der Gebietserweiterung, sondern eine Frage der nationalen Verteidigung. Nicht Eroberergeist kommt hier in Frage, sondern die Notwendigkeit unserer Sicherheit.“ Und der Sozialist Proudhon gestand offen ein, daß die Rheingrenze das stete Ziel der französischen Politik sei, seitdem es ein Frankreich gebe: „Jede französische Politik — ich spreche von der instinktiven traditionellen Politik — liegt hier. Sie ist im Volke eingewurzelt. Alle Regierungen haben ihr mehr oder weniger dienen müssen. Sie war die Mission Hugo Capets und seiner Nachfolger geworden.“ Es ist immer von neuem die Erscheinung, die Ranke mit den Worten bezeichnet: „In den Traditionen der Macht liegt für die späteren Geschlechter ein fast unwiderstehlicher Antrieb des Wettewifers mit den früheren“, und wie man sieht, gilt bei den Franzosen dieses Wort für alle Parteien, sogar bis zu denen hin, die im Privatleben Eigentum als Diebstahl bezeichnen.

Die Linie dieser „instinktiven, traditionellen“ Politik muß man ins Auge fassen, wenn man das Verhalten Napoleons III. gegenüber der deutschen nationalen Bewegung in den fünfziger und sechziger Jahren richtig verstehen will. Der Kaiser mochte den Deutschen von damals als eine persönliche Verkörperung jenes tiefgewurzelten Dranges an den Rhein erscheinen, in Wahrheit war er nur der Gefangene des französischen Chauvinismus: der, um seinen eigenen Thron nicht zu verlieren, dazu verurteilt war, im Zeitalter der Bildung des deutschen Nationalstaats die „historische Rheinpolitik“ wieder aufzunehmen. Er durfte ihn nur zulassen unter der Bedingung einer gewaltigen Abfindung aus dem deutschen Volkskörper. Hier liegt der Schlüssel zu der letzten Phase seiner Politik.

Diese napoleonische Politik, die noch viel zu wenig bekannt ist und noch einer genaueren Aktenpublikation im

Zusammenhang bedarf, möge hier allein an zwei Episoden aus den Wochen vor und nach Königgrätz beleuchtet werden. Es ist bekannt, daß unmittelbar vor dem Kriegsausbruch am 12. Juni 1866 ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und Österreich geschlossen wurde, in dem Österreich, für den Fall seines Sieges, die Erwerbung Schlesiens (unter Abtretung Venetiens) in Aussicht nahm, dafür aber sein Einverständnis mit der Errichtung eines „autonomen rheinischen Staates“ aussprach. Das war der Gegenwert, den Napoleon sich ausbedungen hatte: wir sehen ihn in den Spuren seiner Vorgänger bemüht, um jeden Preis, unter Vernichtung der Verträge von 1815, eine militärische deutsche Macht vom Rhein zu vertreiben und sich selber dort den Weg zu einer französischen Einflußsphäre in einem „autonomen“ Staate zu öffnen. Als der preußische Sieg dieses Spiel zerriß, ließ Napoleon der preußischen Regierung die bekannten Kompensationsforderungen vom 5. August 1866 vorlegen: die Grenzen von 1814, Saarbrücken (wofür es damals noch keinen Reparationsvorwand gab!), die bayrische Rheinpfalz, Rheinhessen und Mainz. Das Eroberungsbedürfnis konnte sich nicht auf ein angebliches Bedrohtsein berufen; es wollte sich im Fall eines österreichischen Sieges auf Kosten Preußens, und nach dem preußischen Siege auf Kosten Bayerns und Hessens sättigen; je nach der Konjunktur wechselte das Ziel dieser Begehrlichkeiten, wie denn im Jahre 1868 eine Schrift von Charles Muller (Nos frontières du Rhin) auf Grund „der Einheit des Rheintals“ zu einem französischen Straßburg wieder ein französisches Köln forderte. Man vergesse nicht, es ist der Mann der „Nationalitätenpolitik“, es ist Napoleon III., der säbelrasselnd diese Forderungen nach deutschem Land und deutschem Volke stellt. Die Frivolität seiner Kompensationsforderung wurde noch durch die amtliche Begründung seines Ministers Drouyn de L’Huys gesteigert: „Der Kaiser glaube nur den Erfordernissen der Verteidi-

gung Frankreichs Genüge zu tun, während jeder Gedanke, die Offensivstellung dieser Macht zu verstärken, ihm fern liege.“ Das Verteidigungsargument des Eroberers ist bekanntlich elastisch bis ins Endlose und wird uns daher auf dem Gipfel seines Mißbrauchs in der Gegenwart wieder begegnen.

In dieser napoleonischen Politik, die sich der Vollendung der deutschen Einheit in den Weg stellt, wenn sie nicht eine Abfindung erhält, liegt die Wurzel des Krieges von 1870, bei dessen Ursprung ein deutsches Eroberungsmotiv in keiner Weise mitgespielt hat. Die interessanteste Tatsache in jenem historischen Gespräch zwischen Ranke und Thiers im November 1870 ist jedenfalls die Bemerkung Rankes: „Thiers dachte nicht daran, Bismarck oder uns überhaupt die Schuld an dem Kriege beizumessen“. Das Problem der letzten Ursachen des Weltkrieges datiert ja nicht etwa seit dem Frankfurter Frieden, wie die Welt sich seit Jahren glauben machen läßt, sondern reicht in die tiefsten Gründe zurück, die den Krieg von 1870 veranlaßt haben: da aber stoßen wir auf die historische Rheinpolitik der Franzosen. In dieser napoleonischen Politik vor 1870 lag letztlich auch die historische und moralische Rechtfertigung unseres Erwerbs von Elsaß-Lothringen. Seit Jahrhunderten in der Defensive, konnte das deutsche Volk zum ersten Male über seinen Staat autonom, unabhängig vom Weltzusammenhang, befinden, so wie es die anderen Völker von jeher vermochten: darin liegt die Einzigartigkeit der geschichtlichen Leistung Bismarcks, die eben deshalb von den Völkern von älterer Unabhängigkeit so bitter angefochten, neuerdings auch von einigen deutschen Doktrinären der „moralischen Abrüstung“ als ein Irrweg preisgegeben wird. Wenn unser Volk, endlich wieder in der Lage, seine Grenzen aus eigener Kraft zu bestimmen, sich damals entschloß, sie wieder bis an die Vogesen vorzuschieben,

so geschah es nicht einmal in erster Linie um historischer und nationaler Reminiszenzen willen, sondern um die äußere Sicherheit der so lange mißhandelten und gefährdeten Westfront gegen die nie zur Ruhe kommende „Rheinpolitik“ zurückzugewinnen. Über die Opportunität dieses Schrittes der Politik Bismarcks (der für seine Person über das deutsche Sprachgebiet nicht hinauszugreifen wünschte) kann man vielleicht heute verschiedener Meinung sein. Die „Moralität“ des Schrittes darf jedenfalls am allerwenigsten bestritten werden von den Vertretern der französischen „Traditionen“ von Richelieu bis Napoleon III., die wir an uns vorüberziehen ließen, und von den Bannerträgern der „historischen Rheinpolitik“, die heute in Paris am Ruder sind und sie in einem verwandelten Zeitalter noch einmal wieder erneuern möchten. Sie sind es, die in dieser Frage zu schweigen haben.

Daß aber eine historische und moralische Berechtigung Deutschlands gegenüber den aggressiven Leidenschaften der Franzosen vorlag, hat der Schotte Th. Carlyle in seinem bekannten Briefe an die „Times“ vom 18. November 1870 auf das schärfste anerkannt. Auch war er es nicht allein, der damals noch in dem starken Gefühl jenes historischen Zusammenhanges lebte, sondern die führenden englischen Organe dachten nicht anders. Die „Times“ schrieb schon am 30. August 1870: „Es ist bei den französischen Staatsmännern seit langem ein Glaubensartikel gewesen, daß die Weltordnung die Vorherrschaft Frankreichs in Westeuropa fordere. Dieser Anspruch, der dem Frieden der Welt so verhängnisvoll gewesen ist, muß aufgegeben werden und der Krieg wird nicht eher beendet werden, als bis sich die Einsicht von der Haltlosigkeit dieses eitlen Anspruchs dauernd in Frankreich durchgesetzt hat“. Und die „Daily News“ am 8. September 1870: „Die Deutschen haben das Recht, ihre eigenen Bedingungen zu stellen. Sie wollen nur im Frieden leben und von den neidischen

Nachbarn weder belästigt noch geteilt werden. Frankreich hat sich ständig in die Angelegenheiten Deutschlands gemischt. Diese Einmischung war nicht etwa die Tat dieser oder jener Regierung, sondern die des ganzen französischen Volkes ... Ein Krieg um den Rhein ist immer volkstümlich gewesen“.

Vielleicht ist es auch für Lloyd George, wenn er schon einmal den ersten deutschen Überfall auf Frankreich im Jahre 1814 preisgeben muß, ganz nützlich, sich in der englischen Presse von 1870 genauer umzusehen, wie es mit dem zweiten Überfall ausgesehen hat. Er wird bei dieser Untersuchung auf dieselbe „historische Rheinpolitik“ stoßen, die ihm heute zu schaffen macht.

IV.

Während des Weltkrieges schrieb General Mallerre, der Militärkritiker des „*Temps*“: „Deutschland, Deutschland! wir haben dich gehaßt, wir Männer meiner Generation, seit über unsere Kinderstirnen der Sturm der Niederlage wehte, seit jenen düstern Wintertagen des Jahres 1870/71 ... Wir wollten Vergeltung. Unser Haß war ein Soldatenhaß, ehrlich, anständig, der nach der Wiederaufnahme der Schlacht am hellen Tage dürstete... und dieser Soldatenhaß hat fortgedauert, zäh und scharfsichtig, durch alle inneren Wirren und Zwistigkeiten“. Das ist ein ehrliches Bekenntnis zu dem Geist der Revanche, in dem die Eroberungspolitik am Rhein, zunächst auf den Wiedergewinn von Elsaß-Lothringen sich beschränkend, unter der Decke fortlebte. Dieser Geist war es, der schon die Jugendschriften und Schulbücher systematisch vergiftete, der die historischen Erinnerungen und Forschungen durchtränkte, der die Auslese der führenden Politiker bestimmte und gerade in den geistigen Sphären dieses Volkes niemals ausstarb — es ist der Geist der Revanche,

3*

der in dem Spiel der großen Mächte zwischen 1871 und 1914 eine der sichersten Karten war, mit der eine jede von ihnen rechnete wie mit einer greifbaren Tatsache. In einem Zirkular der belgischen Regierung von 1901 wird eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich als unmöglich bezeichnet, „bevor nicht der Verlust von Elsaß-Lothringen und besonders die Erniedrigung von 1870, die für die Franzosen viel verletzender ist als die Verkleinerung des Gebiets, in Paris vergessen würde“. Der Verlust der „*préponderance légitime*“ Ludwigs XIV., die mit der Rheinpolitik auf das engste verwachsen war, konnte nicht verschmerzt werden — das war es, was die Gesinnung der Revanche (auch wenn man das Wort ablehnte) am Leben erhielt. Wenige Tatsachen haben zur Vergiftung der europäischen Atmosphäre vor 1914 so unheilvoll beigetragen wie diese Grundstimmung der französischen Politik — wir haben wenig Veranlassung, von der Friedfertigkeit der Tiefen des Volkes rühmend zu sprechen, solange wir sehen, wie es seine Führung immer wieder den entgegengesetzten Instinkten anvertraut.

Für jene Auffassung, die aus Frankreich das Lamm und aus Deutschland den Wolf macht, ist die französische Revanchegesinnung eine Sache, an die sie heute ungen erinnert wird. Aber auch die Gegner werden zugeben müssen, daß auf deutscher Seite von einem Haß, der ihr auch nur vergleichbar gewesen wäre, nicht die Rede sein kann, nicht vor dem Kriege, ja nicht einmal während des Krieges. Noch in diesen Tagen schrieb die amerikanische „*Nation*“ (1. 3. 1922): „Antifranzösische Gesinnung in Deutschland datiert erst seit dem Waffenstillstand. Frankreich war niemals unpopulär in Deutschland während des Krieges“. Wir haben als Volk, was die innerste Gesinnung dem andern gegenüber angeht, ein reineres Gewissen als unsere Nachbarn; und wenn die französischen Machthaber den

Mut haben, die Akten ihrer auswärtigen Politik von 1871 bis 1914 so lückenlos bekanntzugeben, wie wir es in diesem Augenblick tun, so wird die Welt erkennen, daß auch unsere politische Führung ein reineres Gewissen dem Nachbarn gegenüber hat, als dieser, wenn er wahr gegen sich selber sein will, uns gegenüber jemals im letzten Menschenalter gehabt hat. Es gibt unter den politischen und militärischen Leitern des deutschen Reiches keinen, der auch nur entfernt einen so unbedingten Angriffswillen repräsentiert hätte, wie Poincaré, den die Franzosen selber unter sich Poincaré-La guerre nennen. Die große Schuldfrage des Weltkrieges läßt sich nicht dadurch entscheiden, daß man dem am Boden Liegenden, das Messer an der Gurgel und die Pistole auf der Brust, ein Geständnis abzwängt und protokolliert, sondern sie wird, langsam aber sicher, durch geistige Kräfte entschieden werden, die von Leidenschaft und Interessen frei und unabhängig sind. Es mag lange dauern, aber die Franzosen kennen das Wort: „*La vérité est en marche*“.

Heute, wo in tausend und abertausend Stimmen von neuem das Bekenntnis Frankreichs zu jener traditionellen Eroberungspolitik am Rhein vorliegt, wird man das Thema der Schuldfrage im weitesten Rahmen, in seinem großen historischen Zusammenhange, zur Diskussion stellen. Ist es nicht, als wenn drei Jahrhunderte französischer Geschichte von neuem vor unseren Augen Gestalt gewännen? Bald ist es Ludwig XIV., bald die große Revolution, bald Napoleon I., auf die die heutigen Wortführer der Franzosen Deutschland gegenüber sich berufen: mögen die einzelnen Argumente ihrer Politik, so verschiedenen Epochen entstammend, sich auch kreuzen oder auch wohl einmal widersprechen: das Ziel, dem sie alle dienen, ist unverrückbar das gleiche, offener und leidenschaftlicher als jemals zuvor verkündet. Denn es ist ja ein Frankreich, das nicht, wie in früheren Jahrhunderten, alle andern

gegen sich aufgerufen hat, sondern im Bunde mit der Welt uns den Frieden von 1919 auferlegt hat; das das ganze Prestige des unschuldig Überfallenen und des heldenmütig Widerstehenden für den von neuem entfesselten Geist seines traditionellen Eroberungswillens am Rhein in die Wagschale werfen kann. Und wenn es auch ein von der ganzen Welt gerettetes Frankreich ist, das sich nicht aus eigener Kraft völlig gesichert fühlt, so wird dieser neuerwachte Eroberungsdrang, weil er von tiefer Furcht vor seinem Nachbar erfüllt ist oder wenigstens erfüllt zu sein vorgibt, eben mit dieser Furcht politische Geschäfte im napoleonischen Stile zu machen suchen.

Es ist bekannt, welche Ziele die Franzosen bei den Friedensverhandlungen in Versailles verfolgten. Ihren Traditionen getreu versuchten sie, mit Elsaß-Lothringen das ganze linke Rheinufer zu gewinnen, und zugleich, wenn nicht eine Zerschlagung, so doch eine föderalistische Rückbildung der deutschen Einheit herbeizuführen. Noch ein Jahr später schrieb der „*Temps*“: „Wir hätten geglaubt, die Stunde wäre gekommen, mit dem heiligen germanischen Reich endlich und endgültig Schluß zu machen, die deutschen Staaten wiederherzustellen und solide Faustpfänder zu nehmen“ (15. 6. 1920). Noch zügelloser die „*Action française*“: „Deutschland hätte zerstückelt werden müssen. Die deutsche Einheit muß zerschlagen werden, das Reich in einen Staub von Staaten (*poussière d'États*) aufgelöst werden“ (27. 3. 1920).

Die Forderung des linken Rheinufers scheiterte an dem Einspruch Wilsons und Lloyd Georges. Die Franzosen, die über vierzig Jahre lang die Annexion Elsaß-Lothringens mit einer moralischen Entrüstung bekämpften, die der Welt bekannt ist, mußten, wenn sie politisch ehrlich sein wollten, einfach schweigen, als Lloyd George ihnen zurief: „Wir wollen kein neues Elsaß-Lothringen

schaffen“. Der Traum einer völligen Auflösung des deutschen Staates scheiterte an dem Einheitswillen der Nation, die den Kern des Bismarckschen Werkes, den Gedanken der Reichseinheit, ungefährdet durch Niederlage und Revolution hindurchtrug. Den Franzosen ist die Weimarer Verfassung, ein Werk demokratischer Selbstbestimmung — also einer Ideenwelt entstammend, die gerade sie respektieren müßten — nichts als die Krönung des Bismarckschen Reiches, und deshalb ebenso verhaßt wie dieses. Es genügte ihnen nicht, durch die erzwungene Sonderstellung Deutsch-Österreichs wie im Jahre 1866 eine neue Art von Mainlinie zu schaffen. Haben doch die extremen Nationalisten, Ch. Maurras und L. Daudet, gegen einen Mann wie Tardieu den Vorwurf erhoben, er habe sich als deutscher Agent bei den Friedensverhandlungen benommen und die deutsche Einheit gerettet, und selbst Clémenceau hat sich in der Kammer gegen den Vorwurf verteidigen müssen, daß er „ein Anhänger der deutschen Einheit“ sei. Damit ist alles gesagt.

So mußten die Franzosen sich darauf beschränken, den Friedensvertrag so zu gestalten, daß jenes Doppelziel, das auf den ersten Anhieb nicht erreichbar war, wenigstens allmählich und auf Umwegen erreicht werden konnte. Sie mußten zunächst die vertragsmäßig vorgesehene Entwaffnung Deutschlands bis zu einer absoluten innern und äußern Wehrlosigkeit steigern und dadurch der eigenen militärischen Machtstellung auf dem Kontinent ein napoleonisches Übergewicht verleihen — in einem Umfange, wie es weder Engländer noch Italiener beim Kriegsende sich hätten träumen lassen. Es gelang ihnen weiter, den Friedensvertrag mit vieldeutigen Bestimmungen zu erfüllen, die im Nichterfüllungsfalle unaufhörlich die Möglichkeit von Interventionen und neuen Forderungen gewährten; und wenn im Saargebiet eine befristete Internationalisierung unter der Treuhänderschaft des Völkerbundes hingenommen

wurde, mit der die Amerikaner die Annexion zu verhindern verstanden, so wurden doch auch hier so biegsame Bestimmungen angebracht, daß man hoffen konnte, sie mit der Zeit vermöge der altgeübten Kunst der „*chicanes de procureur*“ beiseite zu schieben. Des weitern wurden langfristige Provisorien eingeführt, innerhalb deren man mit Hilfe der militärischen Besetzung darauf rechnen konnte, dauernd die Hand in der deutschen Verfassungsgestaltung zu behalten und planmäßig auf die Auflösung Deutschlands hinarbeiten. Während dieser Frist nahm man sich vor, eine günstige Weltsituation abzulauern, um dann einen kräftigen Schritt voranzutun. Insbesondere ließ sich der militärische Druck auf den Rhein durch einen entsprechenden Druck von Osten her verstärken: ein neues System von Bündnissen und Freundschaften (Kleine Entente, Quadrupelallianz) wurde zu der Rolle angelernt, die einst der Türke und der Schwede so erfolgreich im Dienste Ludwigs XIV. gespielt hatten; in Polen und selbst in der Tschechoslowakei zeigte man sich bereit, ein gelehriger Schüler der Franzosen auf Kosten Deutschlands zu werden: wie in früheren Jahrhunderten durfte man mit Hilfe eines so ungemessenen Atmosphärendrucks von außen und innen auf jede nachgiebige Stelle in dem geschwächten deutschen Reichskörper spekulieren, die der neuen Rheinpolitik das Eintreiben eines Keils gestattete.

Dieser stärkste und offensivste Militarismus, der aus dem Weltkriege hervorgegangen war, mußte freilich, so lange die Welt daran glaubte, im Namen des Friedens und der höchsten Ideale der Menschheit versuchen seinen Zielen nachzugehen und die allgemeinen Sympathien, deren man sich aus dem Kriege erfreute, bis auf den letzten Tropfen auszunutzen, um nun einmal — eine seltene Gelegenheit — Ludwig XIV. und Napoleon I. unter der Zustimmung oder doch unter der Zulassung der Welt zu spielen. Aber besaß man

nicht auch für diese schwierige Aufgabe brauchbare Traditionen?

Die amtliche Phraseologie der Franzosen hatte selbst im 17. Jahrhundert den großsprecherischen Pomp des Siegers mit dem Preis des allein dadurch für die Welt gesicherten Friedens zu verbrämen verstanden: unmittelbar bevor sich die Richter Ludwigs XIV. in Breisach zu jenen Entscheidungen über die Reunionen niedersetzten, mit denen sie sich an Recht und Frieden schamlos versündigten, erließen sie eine amtliche Kundgebung, in der der Gesalbte des Herrn, von Gott selber zur Eroberung der Nationen ausgesandt, nunmehr als Bringer des Friedens mit allen seinen sanften Süßigkeiten verherrlicht wurde. Der amtliche Napoleonkult in den Rheinlanden pflegte nicht nur den unbesiegbaren Kriegsfürsten, den neuen Karl den Großen, sondern fast noch mehr den großen Friedebringer, den unsterblichen Beglückter der Menschheit, „die Emanation Gottes“ zu preisen. Wenn die Finanzmänner und Advokaten der dritten Republik auch nicht gerade diesen Mißbrauch der kirchlichen Terminologie fortzusetzen in der Lage sind, so waren sie doch gewiegt genug, sich in der Welt als die treuesten Paladine des Friedens zu empfehlen; „wenn es ein Land gäbe,“ so erklärte Briand in Washington, „das mit allen seinen Kräften und mit seinem ganzen Willen Frieden wolle, so sei es Frankreich“. Freilich, dieses Frankreich muß unbedingt der Gendarm des Weltfriedens auf dem Kontinent bleiben. Wie seine unmäßige militärische Machtrüstung im Interesse aller liegt, so bleibt der entwaffnete, überwachte und ohnmächtige Deutsche auch so noch ein Hindernis des dauernden Weltfriedens — merkwürdigerweise gerade aus den Ursachen, die der französischen Politik so innig am Herzen liegen. Es ist einmal die deutsche Einheit, die „den Frieden Europas sowohl im militärischen wie im sozialen Sinne des Wortes unmöglich macht“ (*Figaro* 19. 3. 1920). Es

ist zweitens der deutsche Besitz des linken Rheinufer, der die große Gefahr für alle andern bleibt. Nicht nur, daß den Engländern immer von neuem gepredigt wird: „wenn die Rheinlinie nicht mehr die militärische Grenze der Entente sein wird, dann werden Metz, Straßburg, Belgien und England in Gefahr sein“. (*Echo de Paris* 6. 9. 1920.) Selbst die Sehnsucht der Welt nach Abrüstung ließe sich befriedigen, wenn nur die französischen Rheinpläne erfüllt würden; das französische Heer wäre schon bereit, hat doch Marschall Foch auf der Rückreise von Amerika erklärt, daß sechs Divisionen Frankreich zur Verteidigung genügen würden, wenn es nur die Rheingrenze besäße, aber infolge des „schlechten Friedensinstruments“ sei man den Feinden gegenüber nicht gesichert. Also Revision des Versailler Friedens im Sinne des Annexionismus und Militarismus, im Stile Ludwigs XIV. und Napoleons — es sind ja nur wenige Millionen Deutsche, deren belangloses Schicksal allein im Wege steht, daß der Traum der Menschheit endlich erfüllt wird.

Wenn selbst nüchterne Franzosen die zweifelnde Frage aufwarfen: „Können wir im Rahmen des Friedensvertrages, der unser einziges Pfand darstellt, für uns allein die Fehler aller wieder gut machen? Können wir es durchsetzen, daß das Deutsche Reich wieder in Einzelstaaten zerfällt, in einen Rheinstaat, in Bayern, Preußen, Sachsen? Können wir endlich den Anschluß Wiens an Berlin verhindern?“, — so antwortet Ch. Maurras entschlossen: „Man muß es können! Warum? Weil Frankreich leben muß, weil der Friede erhalten werden muß. Weil der Anschluß Österreichs und die Aufrechterhaltung des Reichs den Tod Frankreichs und des Friedens bedeutet.“ „*L'empire c'est la paix*“ hatte auch Napoleon verkündet, jetzt heißt es „*La république c'est la paix*“. Aber sie kann leider nur ruhig schlafen, wenn ihr Nachbar tot ist. Wie hatte doch Brissot im Jahre 1792 erklärt:

„Wir können nur ruhig sein, wenn Europa und zwar ganz Europa in Flammen steht.“ Man wird sich heute zunächst mit dem Chaos Deutschlands zufrieden geben und der furchtbaren Frage aus dem Wege gehen, ob dadurch nicht das Chaos von ganz Europa unvermeidlich wird. Das ist die Antwort, die die historische Rheinpolitik auf alle Sorgen der Menschheit von heute zu geben hat! Sie ist entschlossen, trotz des Friedens von Versailles, ihr Ziel weiter zu verfolgen, waffenklirrend unter dem Anrufen des Friedens, allen überlegen unter dem Vorwand, selber in Lebensgefahr zu schweben. So gehen wir Deutsche, so geht aber auch Europa in ein neues Zeitalter hinüber, dessen innersten Charakter man sich allein an der Situation von 1670 oder 1805 zu verdeutlichen imstande ist.

V.

In diesem Zusammenhange will die moderne Politik Frankreichs verstanden werden, wenn sie am Rhein von Föderalisierung spricht. Wie schon im 17. Jahrhundert aus dem zentralisierten Einheitsstaat und Einheitsvolk im Westen die Sirenenklänge einer deutschen Dezentralisierung und Föderalisierung zu uns herüberklangen, so wird heute dieselbe Melodie, wenngleich auf sehr verschiedenen Instrumenten gespielt.

Uns sind Föderalismus und Dezentralisation sowohl nach der staatspolitischen wie nach der kulturpolitischen Seite auch innerdeutsche Probleme, über deren Lösung man verschieden denken kann; man könnte sich den verwaltungstechnischen Begriff der Dezentralisation auch in einem starken Einheitsstaat vorstellen; oder man kann Unitarier im Politischen sein und zugleich das kulturelle Eigenleben der Landschaften vor aller Zentralisierung behüten wollen. Was aber die Franzosen angeht, so handelt es sich, wenn sie in diese deutsche Frage hineinreden, gar nicht um die Verfassungsformen an sich, sondern um

die Machtinhalte, die sie (ob mit Recht oder Unrecht) mit diesen Formen verbunden glauben. Einheit der Deutschen bedeutet ihnen Widerstandsfähigkeit gegen Eroberung, Föderalismus dagegen Widerstandslosigkeit oder doch „offene Tür“ für sie selbst. Daher ist diejenige Verfassungsform zu begünstigen, von der zu erwarten ist, daß sie am ehesten ein Einschleichen eines fremden Einflusses zulassen würde. Frankreich hat die Monarchie und die preußische Führung Deutschlands einzig als Kraftquelle, als Symbol der politisch einheitlichen Organisation, als den historischen Träger des militärischen Widerstandes gegen seine Rheinpolitik bekämpft; es wird ebenso leidenschaftlich eine demokratisch-unitarische Republik bekämpfen, sobald sie sich als eine wirkungsvolle Zusammenfassung deutscher Kraft erweist. Wenn somit der Ministerpräsident Briand am 26. Juli 1920 erklärte: „Wir wollen, daß die verschiedenen Teile Deutschlands sich frei von der preußischen Hegemonie entwickeln, welche die Weltkatastrophe verschuldet hat“, so ist das nur ein zeitgemäßer Text zu den alten „*libertés germaniques*“, deren uneigennützig Begünstigung wir kennen gelernt haben. Auch die deutsche Republik als solche würde die Liebe des Nachbarn erst dann erwerben, wenn sie die Einheit preiszugeben verspräche. Wohl aber würden die kühlen Rechner in Paris ein Nebeneinander von Monarchie im Südosten und Republik im Norden und Westen Deutschlands als erwünschte Lösung begrüßen, weil ein solches Übermaß von „föderalistischer“ Entwicklung allerdings nicht ohne die tatsächliche Aufhebung der deutschen Einheit möglich wäre.

Vorläufig aber arbeitet man sowohl auf eine staatenbundliche Auflockerung Deutschlands wie auf eine Aufteilung Preußens in seine Provinzen hin; man muß dabei wohl beachten, daß diese Aufteilung Preußens auch bei uns, aber gewissermaßen aus einem deutsch-unitarischen Doktrinarismus, also aus den umgekehrten und den Fran-

zosen verhaßten Beweggründen angestrebt wird. Die Beweggründe der Franzosen aber müssen bei allem, was wir in unseren inneren Ordnungen unternehmen, sorgsam in Betracht gezogen werden. Wir erkennen dann sofort, daß irgendeine sachliche Parteinahme in innerdeutschen Gegensätzen für sie niemals in Frage kommen kann, sondern einzig und allein der Endeffekt unserer größtmöglichen Schwächung. Wie man im 17. Jahrhundert in Paris nach jeder Fürstenrivalität griff, die man nur erkaufen konnte, so wird man heute mit jeder Partei anbinden, von der man sich einen momentanen Vorteil verspricht, und sie fallen lassen, nachdem dieser Vorteil erreicht ist; man wird die kleinste Lücke in der deutschen Front zu einer Bresche für den Einbruch auszuweiten suchen und in jedes Feuer blasen, daß dem Deutschen die Funken in die Augen stieben; man wird sich sogar nicht schämen, mit General Bourgeois auch „sehr vorteilhafte Rückwirkungen der Oppauer Katastrophe“ in Rechnung zu ziehen. Anfänglich gedachten manche Franzosen noch nach den Heften des 17. und 18. Jahrhunderts zu arbeiten und mit dem Partikularismus der Stämme und Einzelstaaten politische Geschäfte zu machen. Stellt sich dann heraus, daß dieser Partikularismus doch nicht mehr als eine für die einheitliche Lebensform der Nation schädliche Macht zu verwenden ist, so wird man nach andern Gegensätzen spähen, die man ausspielen kann, und jeden *locus minoris resistentiae* lauernd betasten, von dem aus der deutsche Einheitswille verkrüppelt oder vernichtet werden könnte. Man wird seine Hoffnungen auf den Partikularismus der Konfessionen, der Parteien, der Klassen, der Wirtschaftsgruppen setzen — mit jener vollendeten inneren Unbetheiligkeit, die das französische Endziel niemals aus den Augen verliert.

Für die Rheinländer wird es sehr lehrreich sein zu erfahren, daß heute von Paris aus nichts gegen die „Preußen“

gesagt wird, was nicht schon im 17. Jahrhundert aus ähnlicher Berechnung gegen Österreich und das Haus Habsburg gesagt worden wäre. Dieselbe Hetze, die in der preußischen Rheinprovinz gegen die Preußen oder wie man, um gewisse landschaftliche Vorurteile aufzureizen, gern sagt, gegen die „Prusso-Slaves“ (dabei ist der Franzose im Osten der Verbündete des Slaventums gegen preußisches Deutschtum!) betreibt, wird in der Pfalz gegen die Bayern betrieben: es ist nichts interessanter, als aus dem einen Landschaftsbereiche französischer Propaganda in einen benachbarten hineinzublicken, wo die Textbücher eine etwas andere Fassung aufweisen. Genau so steht es mit dem Verhalten zu den einzelnen Parteien. So empfiehlt Ch. Bonnefon als vernünftigste Politik, Zeit zu gewinnen und inzwischen Deutschland möglichst zu schwächen: „Die beste Möglichkeit, Deutschland zu schwächen, besteht, wie man mir sagt, darin, in Berlin den Sozialismus, in München die Monarchie und im Rheinland eine konservative (d. i. klerikale) Republik zu begünstigen“ (*Echo de Paris* 28. 1. 1921). Mit dem naiven Geständnis dieser edlen Seele ist die Liste der Möglichkeiten noch längst nicht erschöpft. So ist kürzlich von amtlicher deutscher Seite festgestellt worden und von der andern Seite unwidersprochen geblieben, daß dieselben französischen Amtsstellen, die im Frühjahr 1921 Fühlung mit der sog. bayerischen Königspartei gesucht hatten, im Herbst 1921 keine Bedenken trugen, mit kommunistischen Elementen der Pfalz über die Vorbereitung eines Putsches wohlwollend zu verhandeln. An dem einen Tage wird verängsteten Fabrikanten der Segen der französischen „Ordnung“ empfohlen und Schutz gegen „bolschewistische“ Ausschreitungen in Aussicht gestellt, und am andern Tage setzen sich französische Generale mit den rotesten Betriebsräten zusammen, um „die Gerechtigkeit der Sache der Arbeit“ gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung edelmütig an ihr empfindsames

Herz zu drücken; am dritten Tage aber empfängt Poincaré, das kirchenfeindliche Haupt der Republik, den „Herrn“ Dorten, um ihm ohne Scham den Zusammenschluß der französischen, elsässischen und rheinischen Katholiken zu empfehlen. Die Argumente dieser gewinnsüchtigen Advokatendiplomatie sind wie Kautschuk und ihre innere Unwahrhaftigkeit ist ohne Grenzen. Die Karten sind aber heute in einer Breite aufgedeckt worden, daß jede einzelne deutsche Partei, von der äußersten Rechten bis zu der äußersten Linken, daraus entnehmen kann, von was für Hintergedanken jede scheinbar sachliche Annäherung französischer Organe an eine von ihnen geleitet wird: sie alle werden sich jetzt darüber klar sein, was der Franzose meint, wenn er den „Föderalismus“ auf sein Programm schreibt.

Denn wenn die extremen Nationalisten auch heute noch nicht müde werden, die Zerstückelung Deutschlands zu predigen, so warnen doch die klügeren davor, das Unmögliche, nämlich die staatliche Ablösung deutscher Landschaften vom deutschen Gesamtkörper zu fordern. Selbst ein Mann wie Maurice Barrès rät seinen Landsleuten: „Wir wollen nicht das Reich zerschlagen und Deutschland in mehrere Stücke zerreißen. Sprechen wir nicht von Separatismus, sondern von Föderalismus.“ Gerade ein so unbestimmtes und dehnbares Schlagwort eignet sich vortrefflich dazu, eine ganze Stufenleiter von politischen Möglichkeiten zu decken und doch die letzten Hintergedanken der Eroberungspolitik für diejenigen, die nicht alle werden, zu verbergen. Wie sanft klingt die Lockung für einen Rheinländer, wenn es etwa im *Echo de Paris* (29. 3. 1920) heißt: „Um die materielle und moralische Entwaffnung herbeizuführen, müssen alle deutschen Gebietsteile unterstützt werden, die sich der Herrschaft Preußens, der Vergiftung durch den preußischen Geist entziehen und unter einem Regime der Ordnung und Frei-

heit sich friedlich entwickeln wollen. Zur Förderung der Wiedergeburt Deutschlands ist am Rheine ein Muster aufzustellen.“ Der Rheinländer, der seine Geschichte kennt, weiß zur Genüge, daß das letzte historische Beispiel für eine solche „Wiedergeburt“ — es ist keine sittliche Idee zu edel, um nicht von unsauberen Fingern profitgierig betastet zu werden! — in die Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft am Rhein fällt. Heute aber liegt das unglückliche Saargebiet dem Rheinländer nahe genug, um ihn darüber aufzuklären, was auch ihm unter einem solchen „Regime der Ordnung und Freiheit“ bevorstehen würde.

Eine nur von Preußen abgelöste, aber im Rahmen des deutschen Reiches verbleibende „Rheinrepublik“ würde aber nur ein vorläufiges Ziel der französischen Wünsche sein: sie könnte immerhin ihre Dienste tun und unter französischem Einfluß in Paris zu einer Art „Musterländle“ für die deutsche Föderalisierung werden, zumal seitdem man von der Verwendbarkeit Bayerns für diesen Zweck mehr und mehr zurückgekommen zu sein scheint. Von einem solchen Zwischenglied aus könnte man dann auf die nächste Stufe einer autonomen Rheinrepublik, neben und außer dem deutschen Reiche, lossteuern, wie sie auch den heimlichen Träumen Napoleons III. im Juni 1866 vorgeschwebt haben mag; wie leicht dann von hier aus der Sprung zur völligen Angliederung ist, haben die Girondisten schon im Jahre 1793 gezeigt. So gibt die französische Presse, wenn sie von einem rheinischen Pufferstaat spricht, sich auch heute wenig Mühe zu verbergen, daß es sich um einen Pufferstaat in französischer Vasallität handle. Gelegentlich wird wohl in rätselhafter Verhüllung von der Notwendigkeit eines linksrheinischen Staates als „*première terre de contact*“ zwischen Deutschland und Frankreich gesprochen (*Echo de Paris* 10. 5. 1920), aber das politische Ziel dieses Kontaktgebiets wird offen eingestanden. So spricht General

Bourgeois von „einer Art Grenzwall zwischen dem rechten Rheinufer und unseren politischen Grenzen“; die militärische Grenze wird der Rhein bleiben, aber „eines Tages werden wir unsere Wirtschaftsgrenze bis zum Rheine vortreiben“ (ebenda 4. 7. 1920), oder es heißt: „Die militärische Besetzung des Rheines genügt nicht. Dieses Pfand hat nur dann einen Wert, wenn mit der Besetzung eine wirtschaftliche und moralische Aktion verbunden wird.“ Hier sei nur festgestellt, daß ein militärisch, wirtschaftlich „und moralisch“ kontrollierter Pufferstaat für die Franzosen zum mindesten das leisten würde, was die Klientel des Rheinbundes für Napoleon I. geleistet hat. Er würde nichts sein als die verhüllte Annexion, wobei die vorläufige Form allerdings die geringste Sorge macht. „Dieser Pufferstaat könnte, wenn man es will, zwar im Rahmen des Reiches bleiben, doch wäre er der Kontrolle des Völkerbundes zu unterstellen“ (General Verraux im *L'Oeuvre* vom 29. 12. 1921) — das wäre ein Verfahren nach dem Schema Saarbrücken, mit dem die Verbündeten schon einmal betrogen worden sind. Noch deutlicher fordert General Bourgeois: „Das Rheinland ist unsere Garantie: rheinischer Pufferstaat oder neutralisierter Staat“. (*La Démocratie nouvelle* 6. 12. 1921.)

Von einer Neutralisierung des Rheinlandes war auch in einem vor einigen Monaten aufgetauchten sehr undurchsichtigen Projekt von Lloyd George die Rede. Liefere der Vorschlag nur auf eine Entmilitarisierung hinaus, wie sie im Versailler Vertrag für das linke Rheinufer und eine 50-Kilometer-Zone rechts des Rheins vorgesehen und von der Entente garantiert ist, so wäre er überflüssig. Bedeutet er aber mehr, so würde er die Gefahr bergen, einer staatsrechtlichen Sonderstellung des Rheinlandes und damit einer Auflockerung der Reichsgewalt Vorschub zu leisten. Die Engländer würden also die Verantwortung dafür übernehmen, mit einem solchen Vorschlag nur den

französischen Aneignungswünschen in die Hände zu arbeiten. Vielleicht wird gerade ihnen das aus einem Vorschlag des „*Echo de Paris*“ noch deutlicher: „Für den, der das herrliche Rheinland besucht hat, steht es außer Zweifel, daß es den Lebensnerv des Reiches bildet. Wenn das Rheinland einmal eine ähnliche Verfassung haben wird wie die englischen Dominions mit eigenen Staatseinkünften und eigener Verwaltung, wie es sie will und wünscht, dann wird das Rheinland aus der deutschen Drohung nahezu ganz ausgeschieden sein.“ (4. 12. 1921.) Wenn man erst den „Lebensnerv“ des Reiches aus dem Reiche „nahezu ganz ausscheidet“, ist einmal für das Leben des übrigen Körpers gesorgt, und man hat zugleich die Welt um eine sonderbare Art von „Dominions“ bereichert, die nur zufällig unter einer anderen Kontrolle als der des eigenen Gesamtstaates stehen. Das ist ein System, das sich beliebig ausdehnen läßt und von einzelnen Köpfen auch bereits ausgedehnt wird. So schreibt Henry Berenger: „Den Rhein in ein linkes und ein rechtes Ufer scheiden, hieße das Salomonische Kind in zwei Stücke schneiden. Die Besetzung des Rheinlandes kann man sich nicht denken ohne die Besetzung Westfalens. Denn wer nicht Westfalen in der Hand hat, wird auch nicht lange die Rheinlande behalten.“ (*Paris-Midi* 21. 10. 1920.) Und so geht denn der „Föderalismus“ der Gemäßigten unvermerkt in die separatistische „Zerschlagungstheorie“ der extremen Nationalisten über, die mit erfrischender Offenherzigkeit das Letzte herausagen: „Ein zersplittertes Deutschland hätte Reichtum erzeugt, ohne Macht zu erwerben. Es hätte für sich und für uns gearbeitet, und bei den kleineren oder mittleren Staaten, die das Reich abgelöst hätten, hätten wir stets unsere gerechten Forderungen durchsetzen können. Unsere Unterhändler haben diese eminent europäische, eminent positive und selbstlose Idee nicht begriffen, die Idee der Wiederherstellung Deutsch-

lands nach dem herrlichen Muster von 1648.“
(*Action française* 4. 3. 1920.)

Was der Begriff des Föderalismus im Munde der Franzosen bedeutet, braucht nach diesen Beispielen nicht weiter erläutert zu werden: wir sind glücklich bei jener Jagd nach der Grenze angelangt, wie einst Napoleon sie — in seinem gigantischen Ringen mit der englischen Macht — auf deutschem Boden betrieben hat. Der deutsche Rheinländer wird sich daher über zwei Dinge in völliger Klarheit befinden: einmal, daß bei allen innerpreußischen und innerdeutschen Verfassungsfragen, zumal bei den Problemen des Föderalismus und der provinziellen Autonomie, für seine engere Heimat ein Warnungspfahl, blau-weiß-rot angestrichen, aufgerichtet ist, und zweitens, daß Dinge wie Klassenkampf und Konfessionshader, Parteienhaß und Wirtschaftsstreit — über einen gewissen Grad hinaus gesteigert — im besetzten und gefährdeten Gebiet den Embryo des Hochverrats in sich tragen. Daß man das in vollem Umfange erkannt hat, beweist die patriotische Erklärung von Königswinter, in der alle deutschen Parteien sich verpflichten, alle diese Fragen für die Dauer der Besetzung ruhen zu lassen — es ist begreiflich, daß diese Erklärung in der französischen Presse totgeschwiegen wird.

VI.

Diese Einheitsfront suchen die Franzosen mit dem sanften Mittel der „Kulturpropaganda“ und dem größeren Mittel des Wirtschaftszwanges aufzulockern. Zumal die Kulturpropaganda ist in der geistigen Sphäre ein ebenbürtiges Abbild der politischen Methode, deren innere Wahrhaftigkeit wir kennen gelernt haben. Es ist freilich keine leichte Aufgabe, sich vor aller Welt mit der „schwarzen Schmach“ zu beflecken und gleichzeitig als weißer Kulturträger aufzutreten, und es ist vollends unmöglich, auf der einen Seite den Haßgesang fortzusetzen und die Zerstörung

Deutschlands zu betreiben, auf der andern Seite aber sich dem Rheinländer mit gewinnenden Künsten zu nähern — ohne daß die Zweideutigkeit vor aller Augen läge. Aber man sucht sich zu helfen, das Militär wie immer am einfachsten, wenn z. B. der ritterliche Kommandant von Saarbrücken am Tage des Friedenschlusses eine Verfügung erläßt, daß hinfort der Ausdruck „Boches“ nicht mehr für die Saarländer, sondern nur noch für die übrigen Deutschen Geltung habe. Echte Versöhnlichkeit wird gern auch noch einen Schritt weiter gehen: „Die Rheinländer sind Deutsche, aber keine Boches“ (*Le petit Journal* 28. 2. 1922). Damit beginnt dann die ethnographische Scheidung, und man wird solange von den gallokeltischen und romanischen Grundlagen der rheinischen Kultur reden, bis der Rheinländer, eben noch zum Deutschen ernannt, für den höheren Ehrentitel der uns aus der napoleonischen Zeit wohlbekannten „*Français futurs*“ reif wird. Man hat die Kelten schon in den Zeiten des Rheinbundes verwendet, als man Wert darauf legte, den heute weniger beliebten Bayern ihr Keltentum aufzufrischen; man würde auch mit den Hugenotten der „Kolonie“ in Berlin und selbst mit Friedrich dem Großen operieren, wenn man sich davon in der Mark eine französische Partei verspräche. Da auf der andern Seite mit dem beliebig dehnbaren Begriff der „Prusso-Slaves“ gearbeitet wird, so bleiben in der Mitte nicht allzuviel Millionen der gehaßten und gefürchteten Nation übrig. Wenn freilich die Erziehung der heißumwobenen Rheinländer erfolglos bleibt, so heißen sie wieder „die mittelmäßigsten aller Deutschen“, und man verzichtet darauf „die bis ins Mark vom Alldeutschum vergifteten rheinischen Massen zu gewinnen“ (*Journal des Débats* März 1920). Man darf eben nicht zum zweiten Male eine so grobe Fälschung wagen, wie die der angeblichen 150 000 Unterschriften von Saarländern, mit denen man in Versailles den Präsidenten Wilson zu betrügen versuchte, um einen

Nachweis von „französischen Sympathien“ zu erbringen. So bleiben denn als dauernd „entbochete“ Deutsche nur die „Herren“ Dorten und Smeets übrig, was als Schlußergebnis für die sparsamen Franzosen ein etwas kostspieliges Vergnügen ist.

Bei dieser Sachlage braucht auf die niedern Künste der Kulturpropaganda nicht näher eingegangen zu werden, wie sie der bekannte Tatendrang der Etappe oder das (von der Valuta erleichterte) patriotische Erwerbsmotiv eines ganzen Rudels von Literaten, Rednern und „Gelehrten“ erzeugt. Als Nachklang der Kriegspublizistik steht hier eine eigentümliche Gattung der geistigen Eroberungspublizistik in Flor, in der der Kautschuk der politischen Motive literarisch oder historisch gestaltet wird. Man macht Entdeckungen in früheren Jahrhunderten, von denen selbst die älteren Advokaten französischer Eroberung noch nichts wußten; immerhin muß man ihnen auf das schärfste auf die Finger passen, da die Seelenverfassung des Auslandes, den Franzosen alles zu glauben, noch längst nicht überwunden ist. Daneben empfängt das Rheinland von nicht unbekanntenen Namen Anpreisungen des französischen Genius in jenem Stile des Warenhauses, der sich von der Beschimpfung der Konkurrenz die besten Geschäfte verspricht; diese Methode muß nicht nur diejenigen unter den Franzosen beschämen, die mehr von deutschen Dingen wissen, sondern auch denen unter uns peinlich sein, die die Grazie und Logik französischen Geistes auch heute nicht vergessen haben. Nehmen wir also das alles als Politik: es liegt eben ein bestimmtes System darin, auf diesem Gebiete die geistigen Ausschreitungen des Krieges dauernd fortzusetzen, um keine kulturellen Sympathien für das Deutschtum in der Welt aufkommen zu lassen. Die Rheinpolitik bedarf dieser Atmosphäre, um die Ausplünderung Deutschlands ungestört fortzusetzen.

Natürlich gibt das eine delikate Situation dem Rheinlande gegenüber, das doch als ältestes deutsches Kulturgebiet an den Hervorbringungen des deutschen Genius zu allen Zeiten führend beteiligt war: kann man ihm die stolze Geschichte eines Jahrtausends, so wie man das im Elsaß tut, ohne weiteres entreißen? Gewiß nicht, aber man kann sie ihm in den höheren Formen der Kulturpropaganda eskamotieren, wie sie Maurice Barrès und sein „Génie du Rhin“ vertritt (auf der Linie Metz—Trier arbeitet er mit einem ähnlichen moselländischen Pathos). Als seine Phantasien selbst in der französischen Kulturwelt als völlig haltlos von der Kritik zerpfückt wurden (René Lauret in der „Revue de Genève“, Januar 1922), gab Barrès offen das politische Motiv seines Kultureredes zu: Frankreichs Sicherheit brauche einen neutralen rheinischen Pufferstaat, und um diesen neutralen „Rheinbund“ kulturell vorzubereiten, müsse man die rheinische Kultur im französischen Sinne umformen, vor allen Dingen die Kluft zwischen ihm und dem übrigen Deutschland vertiefen. Es kann kein wertvolleres Geständnis für die Rheinländer geben: sie werden danach nicht nur den „Genius des Rheins“, sondern den ganzen Argumentenkomplex ähnlicher Art richtig einzuschätzen wissen.

Aber immerhin Maurice Barrès, ist er nicht ein glänzender und feuriger Geist, von poetischem Schwunge und freier Herkunft: hat er den Rheinländern nicht noch mehr zu sagen? Hören wir einige Sätze aus einer Rede, die von ihm bei einer Kundgebung der geistigen Solidarität Frankreichs mit den verbündeten Nationen am 24. Dezember 1921 in der Sorbonne gehalten wurde: „Volkslied, Dichtung, Musik und Philosophie: das sind die hohen geistigen Warten, die dem besiegten, zurückgeworfenen Deutschland als Zufluchtsstätte dienen sollen, selbst unter den Nationen, deren Unterwerfung ihm nicht gelungen ist. Heute sind es Zufluchtsstätten, morgen werden es Ausgangsstellungen

sein. . . . Müssen nun nicht diese hohen Warten, diese zauberhaften Zufluchtsorte Deutschlands geprüft, sorgfältig definiert und unter der Überwachung einer geistigen Oberpolizei gehalten werden? Müssen nicht in der Welt der Gedanken Barrieren gegen den Germanismus aufgerichtet werden? Das ist eine Hauptfrage der Zivilisation.“ Das ist die geistige Freiheit der Franzosen von heute! So sieht der „Befreier“ aus, der die Herzen der Rheinländer, „die sich von dem preußischem Joche so leidenschaftlich hinwegsehen“, der sangesfrohen und wortschnellen Rheinländer, sich erobern möchte: für eine Knechtschaft der Gedanken und der einfachsten Lebensfreuden. Wie armselig muß es um die innere Wahrhaftigkeit, um die Seelengröße eines Mannes bestellt sein, der seinem eigenen Vaterlande eine Regeneration aus den verborgenen Quellen des Volksgeistes schaffen wollte, aber in dem Nachbarvolke für die gleichen Quellen eine geistige Polizeikontrolle verlangt, wie sie nicht einmal Metternichs Regime den Italienern auferlegte — geschweige denn, daß man mit ihr die verlogene Geste einer Kulturpropaganda zu kombinieren gewagt hätte. Die simple Gewalt ist weniger widerwärtig als die klebrige Phrase der Literaten, die sich 130 Jahre nach der großen Revolution der Welt als Schergen geistiger Versklavung anbieten — weil heute die historische Rheinpolitik von diesen Mitteln profitieren könnte. Ist es wieder Napoleon, der die deutschen „Ideologen“ verabscheute — oder ist es nur die hysterische Angst, die im Grunde wohl weiß, daß die sittlichen Güter der menschlichen Freiheit von derartigen Zwangsmitteln überhaupt nicht berührt werden? Hat der Italiener Nitti nicht Recht, wenn er — von seinem Standpunkt aus — das Urteil abgibt: „Der Sieg hat Frankreich sein geistiges Prestige, den Zauber eines demokratischen Landes genommen“?

Vielleicht hatte Barrès auch nur in der Pariser Rede die Kulturpropaganda im Rheinland aus den Augen verloren,

und erläutert sie einmal in einer Versammlung rheinischer Männer? Dann darf man ihn auch an echte rheinische Traditionen erinnern: etwa an Joseph Görres, der als junger Mensch an die revolutionären Befreierphrasen geglaubt hatte und sich dann von ihnen abwandte, um im Jahre 1814 der wortmächtigste Vorkämpfer des freien deutschen Rheins zu werden. Oder an die beiden größten Deutschen jener Zeit vor hundert Jahren, die beide Rheinländer von Abstammung waren, an Goethe und den Freiherrn von Stein: kaum je in unserer Geschichte waren deutscher Geist und deutscher Staat gleich eindrucksvoll aneinandergerückt, als im Sommer 1815, wo diese beiden Männer, von Haus aus sich fernstehend und jetzt erst der eine für den andern von tiefstem Verständnis durchdrungen, in symbolischer Gemeinschaft den befreiten Rhein zusammen hinunterfuhren — ein lebendiger Genius des Rheins!

VII.

Das historische Objekt des französischen Eroberungswillens hat in den letzten Menschenaltern durch seine Bodenschätze, seine industrielle Produktion, die Verkehrsbedeutung der Rheinstraße gegen früher eine ungeahnte wirtschaftliche Bedeutung und Hochwertigkeit gewonnen. So haben sich in das Eroberungsmotiv heute ganz neuartige Antriebe sowohl für den Einzelnen — das Rheinland hat ja die auf das wildeste aufgepeitschten Erwerbs- und Rentnerinstinkte eines Besatzungsheeres vor Augen — als auch für das Ganze eingedrängt, aber auch diesmal werden wir erkennen, daß die neuen Argumente doch nur dem alten Oberziel dienen, das unerschütterlich wie in den Tagen Ludwigs XIV. und Napoleons I. das gleiche bleibt. Wohl kann der wirtschaftliche Gesichtspunkt für den einzelnen Interessenten entscheidend ins Gewicht fallen, für die französische Staatspolitik bleibt er

nur ein Mittel zum Zweck, das im Konfliktfall regelmäßig dem politischen Gesichtspunkt untergeordnet wird. Die Franzosen hämmern geradezu dem Rheinländer die Erkenntnis in das Gehirn, daß die Wirtschaft noch nicht das Schicksal ist, wie es manchmal scheinen könnte, sondern daß sie vielmehr ihr Schicksal von der Politik empfängt.

Die Reunionspolitik des 20. Jahrhunderts hat den Wirtschaftszwang in ihren Dienst genommen, weniger um ihn unmittelbar für die eigenen wirtschaftlichen Nöte zu nutzen, als um mit seiner Hilfe ihre politischen Ziele zu fördern. Bekanntlich kränken alle ihre Maßnahmen an dem inneren Widerspruch: einmal Deutschland politisch und wirtschaftlich so klein, arm und ohnmächtig wie möglich zu machen, und zugleich aus der wirtschaftlichen Leistung dieses selben Deutschlands ein Höchstmaß von Reparationen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs — dem stärksten moralischen französischen Rechtstitel vor der Welt! — und zur Aufrechterhaltung seines Rentnerstaates herauszuholen. Die Kuh soll Fleisch und Milch zu gleicher Zeit geben — dieses unmögliche Verlangen treibt auch die Rheinpolitik von einem Widerspruch in den andern. Es ist begreiflich, daß dagegen die amerikanische Kritik einsetzt, da der Gläubigerstandpunkt die Dinge naturgemäß nüchterner betrachtet als ein General der Besatzungsarmee, der aus dem deutschen Gelde ein Jahresgehalt von $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark bezieht. Aber auch die französischen oppositionellen Zeitungen erkennen den deutschen Erfüllungswillen an und erheben die schwersten Vorwürfe gegen ihre Regierung: „Deutschland zeigt einen unbestreitbaren guten Willen. Es bezahlt. Wir wissen zwar, daß alle Vergleiche hinken, doch können wir nicht umhin festzustellen, daß der Betrag der deutschen Leistungen nach zwei Jahren höher ist als der dreifache Betrag der Kontribution, die Frankreich durch den Frankfurter Vertrag auferlegt wurde. Mit den 17 Milliarden, die Deutsch-

land bezahlt hat, hätte man einen schönen Teil unserer zerstörten Gebiete herstellen können! Wir erfahren nun, daß von diesen Milliarden fast nichts vorhanden ist. Sie haben zur Unterhaltung der Rheinarmee gedient“ (*L'Humanité* 2. 3. 1922). Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß die Deutschen nicht eigentlich „Reparationen“ leisten, wenn sie zahlen müssen, sondern mit dem Ertrage ihrer Arbeit den militärischen Apparat des feindlichen Vernichtungswillens zu finanzieren haben.

Ebensowenig vermag die Rheinpolitik den Provinzen, die sie sich aneignen möchte, ein wirtschaftliches Programm für ihre Zukunft vorzulegen, das eine Überzeugungskraft besäße. Vielmehr sind die Rheinländer in der Lage, an dem Beispiel des Saargebiets genau zu studieren, welche Folgen sich aus der Abschnürung von ihren natürlichen Absatz- und Rohstoffgebieten und aus den Valutawirkungen auch für sie ergeben würden. Schon jetzt ist für das Saargebiet mit der Einführung der neuen Zollgrenze die bis herige östliche Wirtschaftsbeschäftigung gelähmt, und eine Umstellung auf den westlichen Markt doch nicht gelungen; während man den reichsdeutschen Markt verlor, wurde man — infolge der Frankenlöhnung und der höheren Gestehungskosten — sogar auf dem eigenen saarländischen Markte von deutschen Produkten unterboten, und die Folgen heißen: Lohnherabsetzung, Stilllegung, Unterbilanzen, Sinken der Lebensverhältnisse. Diese Katastrophe würde sich für das ganze linke Rheinufer — und zwar für Industrie und Handel, Landwirtschaft und Weinbau — in größtem Stile wiederholen. Die Wirtschaftseinheit links und rechts des Rheines, mit tausenden von Fäden aneinandergeknüpft, ist eben eine Lebenseinheit, die man nicht ungestraft zerreißen kann. Die Franzosen wollen sie zerstören oder aber, wenn sie wirtschaftlichen Argumenten zugänglicher sind, fordern sie noch ein Stück rechtsrheinischen Gebietes hinzu — damit diese Lebenseinheit erhalten bleibe.

Ihre Rheinpolitik hat nur die nächstliegenden Zerstörungsziele vor Augen. Sie wird die Auspumpung Deutschlands bis auf den Grund betreiben, selbst auf die Gefahr hin, bei der springflutartigen Geldentwertung schließlich auch um die wirklich benötigten Reparationsleistungen zu kommen: umso besser vielmehr, dann bietet die Nichterfüllung Anlässe, um bei günstiger Konjunktur die Hände nach realen Pfändern auszustrecken. Einstweilen aber pflückt man bescheidenere Früchte; je höher in dem ausgepumpten Deutschland die Steuerlasten anschwellen, desto wirksamer läßt sich etwa den Bauern in der Eifel sagen, daß so unbillige Steuerlasten allerdings bei einem Anschluß an Frankreich verschwinden würden; oder man benutzt Existenzen wie den „Herrn“ Dorten als Provisionsreisenden bei der Vergebung von Wiederaufbaulieferungen im Rheinlande und läßt alle Künste der Korruption ineinandergreifen, um dem nie aus dem Auge verlorenen politischen Endziel vorzuarbeiten. Auch das Experiment der Sanktionen und alle Pläne, die auf eine Besetzung des Ruhrgebiets abzielen, sind nicht so sehr auf einen positiven und unmittelbaren Wirtschaftsvorteil abgestellt, als vielmehr auf die als Rückwirkung erwartete Störung des gesamtdeutschen Wirtschaftskörpers, die auch den deutschen Staatskörper in Mitleidenschaft ziehen muß.

Mit naiver Brutalität gestehen die Franzosen ein, was sie z. B. von der Verschiebung der Zollgrenzen an den Rhein für sich und für uns erwarten: „An dem Tage, an dem wir an der Linie unserer Vorposten eine wirksame Zollgrenze haben, werden wir der deutschen Industrie das Gußeisen entziehen können, d. h. ihr tägliches Brot. Wir können sie ruinieren . . . Durch die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und um die Brückenköpfe herum würden nicht nur die Eisenindustrie des Reiches, sondern auch seine chemische Industrie, seine Landwirtschaft und sein Kohlenhandel zerrüttet (*désorganiser*) werden.“

(*Le Temps* 12. 3. 1922.) Die Welt schreit nach Wiederaufbau, der Franzose nach Zerstörung: einer solchen Gemütsverfassung soll die linksrheinische Industrie sich hoffnungsvoll überlassen, soll die deutsche Arbeiterschaft trauen, um deren „tägliches Brot“ es doch in erster Linie gehen würde? Die Verliebtheit in die eigene Phraseologie geht aber soweit, daß man trotz solcher Unzweideutigkeiten auch die moralischen Eroberungen nicht aufgibt. „Wir besitzen mit Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hervorragende strategische Positionen. Für den Krieg? Nein, für die Aktion, für den finanziellen Druck, sowie für die wirtschaftliche, geistige und moralische Durchdringung Deutschlands“ (*L'Eclair* 19. 1. 1922). Neben dieser Art von „*pénétration pacifique*“ erscheinen die Methoden Ludwigs XIV. und Napoleons I. fast harmlos, und das bisher verfolgte Ziel der politischen Desorganisation findet in der angestrebten wirtschaftlichen Desorganisation Deutschlands ein mehr als ebenbürtiges Abbild. So fordert ein industrielles Eroberungsorgan: „militärische Besetzung des Ruhrgebiets, verbunden mit der Ausbeutung der Gruben unter der Kontrolle des französischen Staates, einem Herstellungsverbot für kriegsverwendungsfähiges Material und einer Einschränkung der schwerindustriellen Produktion für Deutschland. Das heißt also die Bevormundung der Schwerindustrie“ — davon verspricht man sich „eine fast völlige Aktionsfreiheit und reichliche Garantien“. „Es hat dieselben Vorteile wie die Annexion.“ (*La Démocratie nouvelle* 6. 10. 1921.) Einschränkung — Bevormundung — Annexion: wie im Saargebiet. Der Einbrecher kommt immer wieder aus derselben Tür heraus.

Hinter diesen Zukunftsbildern steigen schließlich noch die Visionen eines allerletzten Zieles auf, deren verführerischer Lockung die französische Mentalität, wenn sie sich frei ergehen konnte, niemals widerstand. „Die Öffentlichkeit weiß nicht, daß Deutschland durch die Abtretung

des Ruhrgebiets Frankreich entschädigen kann. Sie kennt den Wert des Ruhrgebiets nicht. Sie weiß nicht, daß der Besitz des Ruhrgebiets die Beherrschung Europas bedeutet“ (*La Démocratie nouvelle* 7. 7. 1921). In dem Zusammenhange, der hier seit den Zeiten Ludwigs XIV. verfolgt wurde, bedeutet dieses Geständnis keine Überraschung, sondern eine Bestätigung: es bezeichnet aber den Punkt, bei dem alle Völker der Erde an dem Tun der Franzosen interessiert sind. Denn eine Politik, die eingestandenermaßen auf dem Umwege über die Zertrümmerung der deutschen Wirtschaft die Zerstörung des deutschen Staates anstrebt, wird in doppeltem Sinne gemeingefährlich. Sie beschwört die Gefahr einer kontinentalen Hegemonie in Europa herauf, wie sie allein von den Franzosen bisher verwirklicht worden ist, und treibt, vermöge der Zerstörung der deutschen Wirtschaft, auf die Verewigung der Wirtschafts-anarchie in der Welt hin, auf das Chaos, in dem alle Sterne erlöschen.

So spielt ein blinder Eroberungsdrang, die Jagd nach der Grenze mit der wirtschaftlichen Zerstörung verbindend, mit der menschlichen Arbeit, mitten in der größten Krisis, von der diese jemals ergriffen war. Gelingt es ihm, einen Wirtschaftszusammenbruch und eine soziale Dauerkrise in Deutschland herbeizuführen — etwa nach dem Muster Deutschösterreichs, für dessen Katastrophe auch die französische Politik die alleinige geschichtliche Verantwortung trägt —, dann werden auch für die historische Rheinpolitik alle Voraussetzungen gegeben sein, in diesem wirtschaftlich wie sozial revolutionierten Deutschland ein neues Zeitalter der Annexionen und der Knechtschaft zu eröffnen, und — immer in der Spur altfranzösischer Traditionen — die Hegemonie in Deutschland zur Hegemonie in Europa auszugestalten. Daher arbeitet der Neunapoleonismus Poincarés — der Hauptschuldige am Kriege, wie ihn „*L'Humanité*“ (14. 1. 1922) nennt, ist

auch der Hauptschuldige an der Verewigung des Kriegszustandes — auf eine gewaltsame Verschärfung und Verdoppelung des Versailler Friedensvertrages hinaus: die planmäßige Desorganisation Mitteleuropas ist das Mittel, in dem Ludwig XIV. sozusagen ins Wirtschaftliche übersetzt wird. Daß dies das Endziel ist, scheint sogar den Amerikanern klar geworden zu sein, meldet doch der Washingtoner Korrespondent der „Times“ am 10. März 1922, „nach Ansicht der Regierung Hardings sei die Politik, die Frankreich als Defensivpolitik betreibe, zu 75% das gerade Gegenteil und darauf berechnet, die europäischen Unruhen fort dauern zu lassen“.

Daß auf diesem Wege auch so etwas wie ein Verbrechen an der deutschen Nation begangen werden soll, scheint die Welt von heute noch ertragen zu können — oder gar im Namen der „Gerechtigkeit“ mit Würde hinzunehmen. Aber die weiterblickenden Köpfe Europas können sich nicht mehr dagegen verschließen, daß dieses Verbrechen an einem Volke begangen wird, das nach furchtbarer Heimsuchung eine neue Lebensform anstrebt und für sich nur das sucht, was selbst der kleinsten und kaum erwachten Nationalität heute zugebilligt wird, das aber bei jedem Versuche, sich wieder aufzurichten, von dem Stiefelabsatz des Siegers niedergetreten wird — während wie zum Hohne auf dieses Los die Welt noch von den abgetanen Schlagworten der deutschen Gefahr und des deutschen Militarismus wiederhallt. Immerhin beginnt man hier und da besorgt auf die Folgen solchen Tuns in der Zukunft zu blicken. So schreibt der Berichterstatter der New Yorker „Nation“ (1. 3. 1922) nach einer Reise, auf der er die absolute Entwaffnung Deutschlands feststellt: „Die Masse des deutschen Volkes ist antimilitaristisch geworden. Aber wenn das deutsche Volk so, wie es jetzt geschieht, für fünfzehn Jahre verfolgt wird, so kann es zur Verzweiflung (*exasperation*) getrieben werden. Die

französische Politik riskiert es, die wirkliche Gefahr erst zu schaffen, die sie abzuwenden sucht, bevor sie noch existiert. Die franzosenfeindliche Stimmung in Deutschland datiert erst seit dem Waffenstillstand.“

Zunächst freilich hat die Welt an einer anderen Wirkung der französischen Rheinpolitik noch ein lebhafteres Interesse. Wenn eingeständenermaßen die mitteleuropäische Wirtschaft von den hegemonischen Gelüsten der Franzosen zerstört werden soll, so ist es unvermeidlich, daß die gesamte Weltwirtschaft rettungslos mit in den Abgrund hineingerissen wird, und das ist eine Frage, die alle und namentlich diejenigen angeht, deren ganze Existenz in diese Weltwirtschaft verflochten ist. Insbesondere für die englische Wirtschaft, erschüttert wie sie schon jetzt ist, müßte die Verewigung der europäischen Wirtschaftsanarchie den Zusammenbruch nach sich ziehen, müßte die Zusammenfassung großer Teile Europas unter französischer Wirtschaftskontrolle obendrein eine Konkurrenz begründen, gefährlicher und unberechenbarer, als jemals die deutsche war: beides zusammengenommen birgt allerdings auch für England den Keim einer Gefahr napoleonischen Stiles. Es ist die ökonomische Ratio, der Selbsterhaltungstrieb der englischen Weltmacht, die sich der historischen Rheinpolitik der Franzosen entgegenstellen muß — oder vielmehr entgegenstellen müßte, wenn sie zur Zeit über eine völlig freie Hand verfügte. Da aber gerade England aus dem Krieg mit schweren Bindungen und Hypotheken auf seiner Weltmacht herausgekommen ist, so hat es immer von neuem sich mit einem passiven Widerstande begnügen müssen, der die Franzosen in ihrem Vorgehen niemals ernstlich aufhalten konnte. Es wird in dem diplomatischen Machtkampf, der sich vor unseren Augen abspielt, wohl noch mehr als einer Erfahrung bedürfen, bis man erkennt, daß wiederum das englische Interesse mit der bedrohten Freiheit und Ordnung

Europas zusammenfällt: bis man sich dort auf die Traditionen der eigenen großen Geschichte besinnt.

Inzwischen werden die Franzosen fortfahren, von der Dynamik des neuen Weltzusammenhanges begünstigt, Krieg im Frieden zu führen und die internationalen Verträge zu durchlöchern: „in den Traditionen der Macht liegt für die späteren Geschlechter ein fast unwiderstehlicher Antrieb des Wetteifers mit den früheren“. Der Name Poincaré ist für die Deutschen ein Signal, daß die Gefahr für das Rheinland noch im Steigen ist und das Schwerste noch bevorsteht. Es ist falsch, die Augen dagegen zu verschließen. Wir müssen nüchtern mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß im Falle einer günstigen Weltkonjunktur der Franzose ohne Besinnung die Politik der Reunionen oder selbst der napoleonischen Gewaltmittel erneuern wird. Auch begegnen wir der Gefahr nicht mit Worten oder Gesinnungen der „Revanche“ — nach französischem Muster: wer damit spielt, erweist nur den Franzosen einen Dienst. Unsere Aufgabe ist: die Fahne des Rechts gegen die Gewalt ungebrochen hoch zu halten, einen neuen Staat auf der Selbstbestimmung einer freien Nation aufzubauen, alle inneren Gegensätze hinter eine nationale Solidarität in den Lebensfragen zurückzustellen, und die Kräfte der sittlichen Erneuerung zu pflegen, durch die ein Volk auch im Unglück unüberwindlich wird.

Die historische Rheinpolitik der Franzosen ist in früheren Jahrhunderten die Schule für unsere Einheit und nationale Erziehung gewesen: an der Einheit und Freiheit deutscher Nation wird sie, wenn wir uns nur selber treu bleiben, auch diesmal zugrunde gehen.

Von demselben Verfasser erschien im gleichen Verlag:

Aus Rankes Frühzeit

Mit den Briefen Rankes an seinen Verleger
Friedrich Perthes und anderen unbekanntem
Stücken seines Briefwechsels

Von

Hermann Oncken

Professor der Geschichte an der Universität Heidelberg

Preis: geheftet zwanzig Mark
gebunden fünfundzwanzig Mark

„Ein Buch, das über den Werdegang des großen Gelehrten ganz neue Aufschlüsse gibt und besonders das erste Jahrzehnt seines wissenschaftlichen Aufstiegs und seine Beziehungen zu Männern wie Alexander von Humboldt, Varnhagen, Graf von Platen und seinem Bruder Heinrich Ranke in interessantester Weise beleuchtet.“

Mannheimer Tageblatt

„Die geistreichen Ausführungen Onckens, die dem Genie Rankes in seiner Tiefe und in seiner Weite liebevoll nachgehen, bringen nicht nur dem Fachmann manches Neue, sie bilden auch für das große Publikum eine ausgezeichnete Einführung in die Rankesche Geisteswelt und werden viele veranlassen, wieder zu den Werken des unerreichten Meisters geschichtlicher Darstellung zu greifen.“

Weser-Zeitung

Preise vom März

Freie Universität Berlin



4145084/188

Verlag Friedrich And

ich

tgart-Gotha

Besitzvermerk

Allgemeine Staatengeschichte

1822 von Friedrich Perthes begründet
Zuerst geleitet von Heeren und Ukert
Fortgesetzt von Giesebrecht und Lamprecht

Herausgegeben von
Hermann Oncken

Zurzeit 179 Bände / Wird ununterbrochen fortgesetzt

Ausführlicher Sonderprospekt auf Wunsch zur Verfügung

I. Abteilung: Geschichte der europäischen Staaten / II. Abteilung: Geschichte der außereuropäischen Staaten / III. Abteilung (unter besonderer Redaktion von Armin Tille): Deutsche Landesgeschichten

„Es ist ein schönes Zeichen deutschen Gelehrtenfleißes und deutscher Unternehmungslust, daß in dem schweren und traurigen Jahre 1920 der Perthesverlag in Gotha eine stattliche Reihe von Bänden des gewaltigen Geschichtswerkes hat herausbringen können, das unter dem Namen ‚Allgemeine Staatengeschichte‘ bekannt ist. — Möge beiden, Verlag und Verfassern, bald noch manch weiterer Triumph beschieden sein, uns zum Genuß und zur Förderung, ihnen selbst zu reinster Freude, dem deutschen Namen zur Ehre!“

Tägliche Rundschau

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Gotha

Allgemeine Staatengeschichte

1822 von Friedrich Perthes begründet
Zuerst geleitet von Heeren und Ukert
Fortgesetzt von Giesebrecht und Lamprecht

Herausgegeben von
Hermann Oncken

Zurzeit 179 Bände / Wird ununterbrochen fortgesetzt

Ausführlicher Sonderprospekt auf Wunsch zur Verfügung

I. Abteilung: Geschichte der europäischen Staaten / II. Abteilung: Geschichte der außereuropäischen Staaten / III. Abteilung (unter besonderer Redaktion von Armin Tille): Deutsche Landesgeschichten

„Es ist ein schönes Zeichen deutschen Gelehrtenfleißes und deutscher Unternehmungslust, daß in dem schweren und traurigen Jahre 1920 der Perthesverlag in Gotha eine stattliche Reihe von Bänden des gewaltigen Geschichtswerkes hat herausbringen können, das unter dem Namen ‚Allgemeine Staatengeschichte‘ bekannt ist. — Möge beiden, Verlag und Verfassern, bald noch manch weiterer Triumph beschieden sein, uns zum Genuß und zur Förderung, ihnen selbst zu reinster Freude, dem deutschen Namen zur Ehre!“
Tägliche Rundschau

Verl. Freie Universität Berlin Gotha



x-rite



colorchecker CLASSIC

